



SCHWEIZERISCHE FLÜCHTLINGSHILFE

ORGANISATION SUISSE D'AIDE AUX RÉFUGIÉS

ORGANIZZAZIONE SVIZZERA AIUTO AI RIFUGIATI

SFH OSAR

Liberia

Lageanalyse 2000 – 2003 (Stand Mitte Oktober 2003)

Peter Hunziker, SFH-Länderanalyse

Bern, 27. Oktober 2003

MONBIJOUSTRASSE 120 • POSTFACH 8154 • CH-3001 BERN
TEL 031 370 75 75 E-MAIL INFO@sfh-osar.ch
FAX 031 370 75 00 INTERNET <http://www.sfh-osar.ch>
PC-KONTO 30-16741-4 SPENDENKONTO PC 30-1085-7

Impressum

HERAUSGEBERIN

 Schweizerische Flüchtlingshilfe SFH
Postfach 8154, 3001 Bern
Tel. 031 / 370 75 75
Fax 031 / 370 75 00
E-Mail: INFO@sfh-osar.ch
Internet: www.sfh-osar.ch
PC-Konto: 30-1085-7

AUTOR

Peter Hunziker


SPRACHVERSIONEN

deutsch, französisch

PREIS

Fr. 40.-- inkl. 2,4 % MWSt., zuzgl. Versandkosten

COPYRIGHT

© 2003  Schweizerische Flüchtlingshilfe, Bern
Kopieren und Abdruck unter Quellenangabe erlaubt.

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	1
1 Demographische, verwaltungsmässige und ethnisch-religiöse Aufteilung	1
1.1 Bevölkerungsstruktur in Liberia	1
1.2 Administrative Unterteilung	2
1.3 Ethnische Übersicht.....	2
2 Interethnische und zwischenstaatliche Konflikte	3
2.1 Interethnische Konflikte	3
2.2 Zwischenstaatlicher Konflikt mit Guinea und Sierra Leone	3
2.3 Beziehungen zu Burkina Faso.....	4
2.4 Liberias Engagement in der Elfenbeinküste	4
3 Internationale Interventionen und nationale kriegerische Auseinandersetzungen	5
3.1 UNO-Embargos und Strafverfolgung Taylors	5
3.2 Taylors innenpolitische Entmachtung	6
4 Anstrengungen für ein internationales Friedensmandat und für die Entsendung von Friedenstruppen	7
4.1 Zögerliches Engagement der USA.....	7
4.2 Friedensplan der ECOWAS.....	7
4.3 UNO-Resolution zur Entmachtung Taylors	8
5 Exilierung Taylors und anschliessende Machtübernahme durch Vizepräsident Moses Blah	9
6 Stationierung der ECOMIL und der UNMIL-Friedenstruppen und aktuelle Sicherheitslage	10
7 Aufbau des liberianischen Patrimonialstaates	11
7.1 Dominante National Patriotic Front of Liberia (NPFL) als Regierungspartei.....	11
7.2 Charakteristika von Taylors Oligarchie	11
8 Die Finanzierung des Krieges und der verschiedenen Streitkräfte	14
8.1 Die Oriental Timber Company (OCT).....	14
8.2 Illegaler Diamantenhandel	15
8.3 Fluchtgeld in der Schweiz	15
9 Zivile und politische Opposition	16
9.1 Fehlende Zivilgesellschaft und Verelendung der Bevölkerung.....	16
9.2 Parteienkoalitionen	17
10 Justiz, Rechtsprechung und Bedingungen in den Gefängnissen	18
10.1 Politische Abhängigkeit der Justizbehörden	18
10.2 Fehlende Standards der Rechtsprechung	19
10.3 Inoffizielle Gefängnisse und lebensbedrohliche Haftbedingungen	19
10.4 Indigene Rechtsprechung.....	19



11	Ausblick	20
12	Verletzung der verfassungsmässig garantierten Grundrechte und betroffene Personengruppen	21
12.1	Allgemeine Einschränkung der demokratischen Grundrechte.....	21
12.2	Willkürliches Vorgehen der Behörden	21
12.3	Ethnische Übergriffe.....	22
12.4	Studenten	22
12.5	Pressefreiheit und Unterdrückung von Journalisten	22
12.6	Menschenrechtsaktivisten.....	23
12.7	Friedensaktivisten	24
12.8	Einschüchterung der politischen Oppositionsparteien	24
12.9	Abtrünnige und ehemalige Angehörige der NPFL	25
12.10	Anwälte..... Fehler! Textmarke nicht definiert.	
13	Menschenrechtsverletzungen der Sicherheits- und Rebellenstreitkräfte	26
13.1	Militärdienstpflicht und Zwangsrekrutierungen.....	26
13.2	Kindersoldaten als Täter und Opfer.....	26
13.3	Art der Menschenrechtsverletzungen	26
13.4	Ritualmorde	27
14	Situation der Frauen und von Minderheiten	28
14.1	Gesellschaftliche und politische Stellung der Frauen.....	28
14.2	Frauenbeschneidung oder Female Genital Mutilation (FGM).....	28
14.3	Homosexuelle	29
15	Exil	29
15.1	Asylsuchende in den USA und Empfehlungen des UNHCR.....	29
15.2	Ausweispapiere (Pässe und Identitätskarten)	30
16	Humanitäre Situation	31
16.1	Flüchtlinge und intern Vertriebene	31
16.2	Zur Flüchtlingssituation in Monrovia im Jahre 2003	31
16.3	Fehlende medizinische Infrastruktur und Versorgungsmöglichkeiten.....	32
16.4	Fehlendes Bildungssystem	33
	Schlussfolgerungen	33
	Anhang I	35
	Politische Parteien und ihre Anführer	35
	Anhang II: Sicherheitsdienste, Holzfällerfirmen, Finanz- und Handelsgesellschaften	37
	1. Staatliche Sicherheitsdienste	37
	2. Weitere bewaffnete Gruppen:.....	37
	3. Holzfällerfirmen	38
	4. Finanzgesellschaften	38
	5. Weitere Firmen	39

Einleitung

Die vorliegende Lageanalyse umfasst den Zeitraum von anfangs 2000 bis Ende September 2003. Sie will zusätzlich zum aktuellen politischen Geschehen, zur Menschenrechts- und humanitären Situation eine Übersicht über den Aufbau des liberianischen Patrimonialstaates geben.

An erster Stelle der Erörterungen steht eine Übersicht über die zwischenstaatlichen Konflikte Liberias mit seinen Nachbarstaaten, auf welche die Beschreibung des Konfliktgeschehens in Liberia selbst folgt. Im Sommer 2003 wurde der bisherige Staatspräsident Charles Taylor entmachtet und begab sich ins Exil nach Nigeria. Zu seinem Nachfolger wurde bis Ende September 2003 der bisherige Vizepräsident Moses Blah eingesetzt.

Nach der Darstellung der innenpolitischen Entwicklung des Konfliktes geht die Lageanalyse (Kapitel 7 bis Kapitel 11) auf den Aufbau des liberianischen Patrimonialstaates, die staatliche Justiz, die Gefängnisbedingungen sowie die zivile und politische Opposition ein.

In einem weiteren Teil (Kapitel 12 und 13) wird auf die Verletzung der Menschenrechte und deren Opfer eingegangen. Vor dem Hintergrund der massiven Menschenrechtsverletzungen und wegen der andauernden Kriegshandlungen empfiehlt das UNHCR, dass die internationale Staatengemeinschaft die liberianischen Asylgesuche sehr sorgfältig prüft (Kapitel 15).

Den Abschluss der Lageanalyse bildet eine Übersicht zur Situation der Frauen und Minderheiten sowie zur humanitären Versorgungslage der Flüchtlinge und intern Vertriebenen.

1 Demographische, verwaltungsmässige und ethnisch-religiöse Aufteilung

1.1 Bevölkerungsstruktur in Liberia

Die Gesamtbevölkerung Liberias wird auf 3,3 Millionen Menschen geschätzt.¹ Gemäss *Conflict Risk Assessment Report* sind 42,7 Prozent der Gesamtbevölkerung Liberias zwischen null und 14 Jahre alt. 52,8 Prozent sind zwischen 15 und 59 Jahren und 4,5 Prozent sind über 60 Jahre alt.² Mit anderen Worten ist die Bevölkerung des Landes sehr jung, sie weist eine hohe Geburtenrate auf und die junge Bevölkerung hat innerhalb der liberianischen Politik eine bedeutende Rolle inne. Der Bericht weist weiter darauf hin, dass die ländliche Bevölkerung aus Sicherheitsgründen in die grossen Städte abwandert. Dies führt zu grossen Anforderungen an die städtische Wasserversorgung und Abfall-Entsorgung sowie an die allgemeine öffentliche Infrastruktur.

¹ CIA World Factbook, Liberia 2003: www.cia.gov/cia/publications/factbook/geos/li.html

² Country Indicators for Foreign Policy (cifp), Carment David: "Conflict Risk Assessment Report. West Africa: Mano River Union and Senegambia. Gambia, Guinea, Liberia, Sierra Leone, Senegal, S. 25, April 2002. www.carleton.ca

1.2 Administrative Unterteilung

Liberia besteht aus insgesamt dreizehn Verwaltungsbezirken, den sogenannten Counties.³ Bei den einzelnen Counties handelt es sich um Grande Cape Mount; Lofa; Bomi; Bong; Montserrado; Margibi; Grand Bassa; Nimba; River-Cess; Sino; Grand Jide; Grand Kru und Maryland.

1.3 Ethnische und religiöse Übersicht

95 Prozent der liberianischen Bevölkerung können verschiedenen ethnischen Gruppen zugeordnet werden, welche die ursprüngliche indigene Bevölkerung des Landes ausmachen. Es handelt sich dabei um die Kpelle, Bassa, Gio, Kru, Grebo, Krahn, Gola, Gbandi, Loma, Kissi, Vai, Die, Belle, Mandingo, Mende, die Mano und die Sapo.

Eine Minderheit der ethnischen Gruppen kennzeichnet ihre Angehörigen durch Tätowierungen. Die Kissi, welche hauptsächlich im Lofa County im Grenzgebiet zu Guinea und Sierra Leone leben und etwa 115'000 Personen umfassen, markieren ihre Angehörigen durch drei Narben auf jeder Wange. Zudem spitzen sie ihnen die beiden oberen Vorderzähne zu einem Dreieck zu.⁴ Diese Tradition ist allerdings wegen der zunehmenden Modernisierung im Abnehmen begriffen. Gelegentlich kennzeichnen auch die Gio und Bassa ihre ethnische Zugehörigkeit durch drei dunkle Linien über den Augenbrauen.

Schliesslich kennzeichnen auch die Geheimgesellschaften der Poro, auf die im Zusammenhang mit der Rekrutierung von Kindersoldaten noch ausführlich eingegangen wird, ihre Angehörigen, die sie aus allen ethnischen Gruppen des Landes rekrutieren. Die jungen Poro-Männer, die ihre Initiation vollendet haben, werden durch eine Tätowierung auf dem Rücken und vielfach auch auf Brust und Bauch gekennzeichnet.

Die restlichen fünf Prozent der Bevölkerung bilden die sogenannten Amerika-LiberianerInnen, die Nachfahren freigelassener Sklaven, welche ab 1821 durch die *American Colonization Society* in Liberia angesiedelt wurden. Für die Amerika-LiberianerInnen, welche die kulturellen Vorstellungen des amerikanischen Lebensstils übernahmen und welche in den USA über eine grosse Exilgemeinschaft verfügen, gibt es je nach Quelle unterschiedliche Bezeichnungen. Sie werden als Americanos, Latinos, Congos oder wegen ihrer Sprache als Kreolen bezeichnet.

Die Mehrzahl der einheimischen Ethnien Liberias sind Länder übergreifend, d.h. sie haben Stammesangehörige in den angrenzenden Ländern, Sierra Leone, Guinea und in der Elfenbeinküste. Auch die ethnischen Gruppe der Gio und der Mano, welche die soziopolitische Basis der aktuellen Regierung Taylor bilden, sind in Liberia, in Guinea und in der Elfenbeinküste beheimatet. Das gleiche gilt für die beiden ethnischen Gruppen der Krahn und Mandingo, welche die Regierung von Samuel Doe von 1980 bis 1990 unterstützten. Dessen Ermordung stürzte das Land in einen blutigen Bürgerkrieg.

In religiöser Hinsicht gehören 40 Prozent der liberianischen Bevölkerung einheimischen Religionen an, weitere 40 Prozent sind Christen und 20 Prozent Moslems.⁵ Die religiöse

³ Eine Karte zur administrativen Unterteilung befindet sich im SFH-Gutachten vom Mai 2003: "Zur Gefährdung der Mandingo (Malinké) in Liberia und in der Elfenbeinküste".

⁴ US Bureau of Citizenship and Immigration Services, 5. Oktober 2000.

⁵ CIA World Factbook 2002: "Liberia."

Zugehörigkeit spielt bei den verschiedenen ethnischen Konflikten als Verstärker bestehender politischer oder ethnischer Unterschiede eine Rolle. Der *Conflict Risk Assessment Report* zu Westafrika⁶ weist in diesem Zusammenhang auf den Konflikt zwischen den Lormas und den Mandingo im nördlichen Lofa County hin. Dieser ursprünglich ethnische Konflikt entstand über die Frage der Landverteilung, er drückte sich aber schon bald über die religiöse Zugehörigkeit zum Islam oder zum Christentum aus. Im weiteren Verlaufe des Konfliktes begannen die beiden verfeindeten Gruppen gegenseitig Moscheen, Kirchen und traditionelle Schreine niederzubrennen.

2 Interethnische und zwischenstaatliche Konflikte

2.1 Interethnische Konflikte

Seit der Unabhängigkeit Liberias im Jahre 1874 und bis 1980 dominierten die Amerika-LiberianerInnen die Politik Liberias, und ihre Angehörigen stellten jeweils die Regierung. Ihre Vormachtstellung fand erst mit der Machtübernahme der einheimischen Krahns und Mandingo durch den Putsch Samuel Doe's im Jahre 1980 ein Ende. Die einseitige Bevorzugung der Krahn und Mandingo gegenüber den anderen ethnischen Gruppen während der Regierungszeit Does führte zu nachhaltigen interethnischen Konflikten. Diese mündeten von 1990 und 1996 in einen ersten grausamen Bürgerkrieg der Krahns und Mandingo mit den Gio und den Mano. Der interethnische Konflikt zwischen den verschiedenen Gruppen war auch eine wichtige Ursache für den zweiten Bürgerkrieg im Jahre 2000. Die ethnische Zugehörigkeit wiederum ist die Basis für die Rekrutierung der verschiedenen Streitkräfte.⁷ Der Hass der Gio und Manos gegen die Krahn und die Mandingo ist zwar nicht der einzige Konfliktgrund, er bleibt aber ein zentraler Mobilisierungsfaktor. Auf die verschiedenen anderen Konfliktgründe wird in der vorliegenden Lageanalyse im Kapitel über den Staatsaufbau näher eingegangen.

2.2 Zwischenstaatlicher Konflikt mit Guinea und Sierra Leone

Liberias Unterstützung der *Revolutionary United Front* (RUF) ist ein wichtiger Grund für die Konflikte mit den beiden Nachbarstaaten. Wie in den SFH-Berichten zu Sierra Leone und Guinea aufgezeigt wird, kämpfte die RUF in beiden Ländern um die ökonomisch wichtigen Diamantengebiete. Im Gegenzug bekämpften deren Regierungen die RUF und insbesondere Guinea begann die der Regierung Taylor feindlich gesinnten Rebellen der *Liberians United for Reconciliation and Democracy* (LURD) zu unterstützen.

Ab 2000 verfolgten guineische Truppen mit stillschweigendem Einverständnis der sierraleonischen Regierung die RUF bis in sierraleonisches Gebiet hinein und befriedeten die Grenzregion zwischen den beiden Staaten. Die militärische Niederlage der RUF in Guinea und in Sierra führte zu deren Spaltung in einen friedensbereite und eine kampfswillige Fraktion.

⁶ Country Indicators for Foreign Policy (cifp), Carment David: "Conflict Risk Assessment Report. West Africa: Mano River Union and Senegambia. Gambia, Guinea, Liberia, Sierra Leone, Senegal, S. 23, April 2002. www.carleton.ca

⁷ Die Zugehörigkeit der verschiedenen Fraktionen der LURD-Rebellen (Liberians United for Reconciliation and Democracy) und der Regierungstreitkräfte Taylors sowie die Entstehungsursachen der interethnischen Konflikte werden ausführlich im SFH-Gutachten vom Mai 2003 zur "Gefährdung der Mandingo (Malinké) in Liberia und in der Elfenbeinküste", dargestellt.



Die friedensbereite Fraktion unter Issa Sessay⁸ schloss in Koidu anfangs September 2001 mit dem sierraleonischen Präsidenten Kabbah ein Friedensabkommen.⁹ Die kampfeswillige Fraktion unter Sam Bokarie (alias Moskito)¹⁰ zog sich hingegen auf liberianisches Gebiet zurück, wo sie ab 2001 auf Seite der liberianischen Streitkräfte im Lofa County im liberianisch-guineischen Grenzgebiet gegen die LURD kämpfte. Nach Ansicht der UNO besteht die militärische Fraktion der RUF aus etwa 600 Rebellen, die in vier Kompanien aufgeteilt sind und die logistisch von Liberia unterstützt werden. Ihr wichtigstes Ausbildungs- und Heereslager befindet sich in Najma.¹¹

2.3 Beziehungen zu Burkina Faso

Taylor, der früher eine Zeit lang in Ouagadougou gelebt hatte, profitierte von der militärischen und politischen Unterstützung des Präsidenten Burkina Fasos, Blaise Compaoré. Seit den 1990er Jahren erhalten die liberianischen Streitkräfte Unterstützung durch militärische Berater und während des ersten Bürgerkrieges von 1990 bis 1996 wurden in burkinesischen Militärlagern Artilleriespezialisten der Rebellenstreitkräfte Taylors ausgebildet. Hinter dieser Unterstützung vermutet *Mondes Rebelles* die diskreten Machenschaften Libyens und Frankreichs, welche Taylor unterstützen.¹²

2.4 Liberias Engagement in der Elfenbeinküste¹³

Die Elfenbeinküste war vor der Machtübernahme des aktuellen ivoirischen Präsidenten Gbagbo im Jahre 2000 ein wichtiger Partner Taylors. Die Taylor-freundliche Politik des ehemaligen Präsidenten Houphouët-Boigny erklärt sich durch die persönliche Abneigung von Präsident Houphouët-Boigny gegenüber Präsident Doe. Mit der Hinrichtung des damaligen liberianischen Staatschef Tolbert beim Staatsstreich im Jahre 1980, brachte er einen Verwandten von Präsident Houphouët um. Hinzu kam, dass zwischen Taylor und dem ivoirischen Oppositionsführer der Moslems im Norden, Robert Guei, eine besondere Freundschaft bestand. Auf diese Weise wurden die ethnischen Konflikte in der Region noch zusätzlich mit einem konfessionellen Konflikt zwischen Katholiken und Moslems überlagert.¹⁴

"Dank" der Freundschaft mit den verschiedenen Politikern in den Nachbarländern Burkina Faso und der Elfenbeinküste konnte Liberia das UNO-Waffenembargo (Resolution 788) vom November 1992 umgehen. Ab 1995 griff der liberianische Konflikt zunehmend auf die Elfenbeinküste über, da Rebellen des aus Krahn bestehenden *Liberian Peace Council* (LPC) das Grenzgebiet infiltrierten und sich blutige Gefechten mit den sie verfolgenden liberianischen

⁸ Mondes Rebelles, L'encyclopédie des acteurs, conflicts et violences politiques: "Sierra Leone" S. 708; Paris 2001.

⁹ United Nations, Security Council: "Letter dated 26. October 2001 from the Chairman of the Security Council Committee established pursuant to resolution 1343 (2001) concerning Liberia addressed to the President of the security Council, 26. October 2001.

¹⁰ Mondes Rebelles, L'encyclopédie des acteurs, conflicts et violences politiques: "Sierra Leone" S. 708; Paris 2001.

¹¹ United Nations, Security Council: "Letter dated 26. October 2001 from the Chairman of the Security Council Committee established pursuant to resolution 1343 (2001) concerning Liberia addressed to the President of the security Council, 26. October 2001.

¹² Mondes Rebelles, L'encyclopédie des acteurs, conflicts et violences politiques: "Sierra Leone", S. 682; Paris 2001.

¹³ Mondes Rebelles, L'encyclopédie des acteurs, conflicts et violences politiques: "Liberia", S. 668 bis 683; Paris 2001.

¹⁴ Scholl-Latour Peter: "Elfenbeinküste" S. 453 in: "Afrikanische Totenklinge. Der Ausverkauf des Schwarzen Kontinents." München 2001.

und ivoirischen Sicherheitskräften lieferten.¹⁵ Nach Ausbruch des Bürgerkriegs in der Elfenbeinküste im Oktober 2000 unterstützte Taylor den Führer des Nordens, Guei und dessen Rebellenstreitkräfte, das *Mouvement pour justice et paix* (MJP) und das *Mouvement populaire ivoirien du grand ouest* (MPIGO) mit liberianischen und mit RUF-Streitkräften. *Global Witness* schätzte die Zahl der in der Elfenbeinküste kämpfenden RUF-Rebellen auf 1000 Mann.¹⁶ Einer ihrer wichtigsten Führer war bis zu seinem gewaltsamen Tod im Mai 2003, Sam Bokarie, der vom internationalen Gerichtshof in Sierra Leone wegen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit gesucht wurde. Die liberianischen Truppen kommandierten Guko Denis und Benjamin Yeaten.

Liberias militärisches Engagement in der Elfenbeinküste führte zur Rekrutierung und Bewaffnung von Anti-Taylor-Rebellen durch die ivoirische Regierung Gbagbo. Diese kämpften als so genannte LURD-Model Rebellen auf Seite der ivoirischen Streitkräfte. Im Detail wird darauf im SFH-Gutachten vom Juni 2003 über die "ethnische Verfolgung der Mandingo" eingegangen.¹⁷

3 Internationale Interventionen und nationale kriegerische Auseinandersetzungen

3.1 UNO-Embargos und Strafverfolgung Taylors

Im März 2001 verhängte die UN ein Embargo auf Diamanten ("Blutdiamanten") aus der Region und untersagte den Mitgliedern der Taylor-Regierung freie Reisen ins Ausland.¹⁸ Das Land ist seitdem politisch isoliert und die meisten ausländischen Botschaften sind geschlossen.

Mit einer Verordnung vom 27. Juni 2001 schloss sich der schweizerische Bundesrat dem im März 2001 verhängten UNO-Embargo an, welches den Mitgliedern der Regierung Taylor freie Reisen ins Ausland untersagt. Die Weisung des Bundesamtes für Ausländerfragen vom 2. Oktober 2002 verbietet namentlich die Ein- und Durchreise von hochrangigen Angehörigen der Regierung und der Streitkräfte Liberias, deren Ehepartner sowie von Personen, die bewaffnete Rebellengruppen in den Nachbarländern Liberias finanziell und militärisch unterstützen. Eine Liste der Personen, die mit einem Reiseverbot der UNO belegt wurden, ist zu finden unter: www.un.org/Docs/sc/committees/Liberia2/1343_list.htm

Anfangs Juni 2003 wurde der liberianische Staatspräsident Charles Taylor vom Sonderkriegsgerichtshof in Sierra Leone zur Fahndung ausgeschrieben, da er als mutmasslicher Drahtzieher der Bürgerkriege in den Nachbarländern Sierra Leone und Elfenbeinküste gilt.¹⁹ Das Gericht beschuldigt ihn mit der Unterstützung der RUF-Kriegsverbrechen und der Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

¹⁵ Mondes Rebelles, L'encyclopédie des acteurs, conflicts et violences politiques: "Liberia", S. 668 bis 683; Paris 2001. Die Rebellenfraktion der LPC wurde von Georges Saigbe Boley einem ehemaligen Minister von Doe angeführt. Sie kämpfte zusammen mit den Krahn der ULIMO-J gegen die RUF und gegen Taylor.

¹⁶ Global Witness: "The usual suspects", S. 6f, 2003: www.globalwitness.org

¹⁷ SFH-Infobörse Nr. 2, Juni 2003: "Liberia, Gefährdung der Mandingo (Malinké) in Liberia und in der Elfenbeinküste, Gutachten von Peter Hunziker, Stand Mai 2003.

¹⁸ Hans-Peter Hecking, Leiter des Afrikareferates bei Missio in Aachen: "Liberia – ein geknechtetes Land." www.missio-aachen.de/menschen-kulturen/laender/afrika/liberia/laenderbericht01b.asp

¹⁹ Neue Zürcher Zeitung, 6. Juni 2003: "Präsident Taylor vorzeitig nach Monrovia zurückgekehrt."

Einen Monat später, im Juli 2003, trat ein zehnmönatiges Exportverbot für Tropenholz aus Liberia in Kraft. Dieser Export stellte für das Taylorregime eine wichtige Einnahmequelle dar.

3.2 Taylors innenpolitische Entmachtung

Der im Jahre 2000 im Norden Liberias wieder entflammte Bürgerkrieg eskalierte in den beiden folgenden Jahren und erreichte seinen Höhepunkt im Sommer 2003, als sich vom Norden Liberias die LURD und vom Südosten her die LURD-Model Monrovia näherten.²⁰

Nachdem vorerst keine der beiden Seiten die Oberhand gewinnen konnte, eskalierten die Kämpfe Mitte Juli 2003. Die LURD verwickelte die Regierungstruppen in heftige Kämpfe und rückte bis Ende Juli 2003 in die Innenstadt Monrovias vor.²¹ Nach Angaben der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ)²² führten die anhaltenden Auseinandersetzungen zu einem vollständigen politischen und militärischen Chaos, dessen Grund in der Führungslosigkeit der verschiedenen kämpfenden Gruppen bestand. Die FAZ beschreibt die Kampfhandlungen als blutiges Spiel von Kindern, als eine Mischung von Karneval, Drogendelirium und Gewaltverherrlichung. Die verschiedenen ausländischen Staatsangehörigen versuchten sich deshalb vor den marodierenden Soldaten in Sicherheit zu bringen und versammelten sich auf dem Terrain der EU-Mission und der amerikanischen Botschaft, in der Hoffnung, durch ein Flugzeug oder ein rettendes Schiff ausser Landes gebracht zu werden. Kein Glück hatte dabei der schweizerische Honorarkonsul, Jürg Landolt, der von den Rebellen verschleppt wurde. Er wurde nach kurzer Zeit aber wieder freigelassen.²³

In dieser Situation des militärischen, politischen und humanitären Chaos erhöhten UNO und ECOWAS massiv den Druck auf Taylor, damit er seine Macht abgebe.²⁴

Taylor, der sich auf allen Ebenen zunehmend in die Enge getrieben sah, antwortete mit dem Versprechen, dass er zurücktreten und einer Übergangsregierung Platz machen werde, sobald eine Eingreiftruppe der westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft ECOWAS zusammen mit amerikanischen Soldaten in Monrovia eintreffe, um den Ausbruch einer Anarchie zu verhindern.²⁵

²⁰ Neue Zürcher Zeitung, 10. Juni 2003: "Die Rebellen erreichen Liberias Hauptstadt Hunderttausende flüchten, Evakuierung der Ausländer." Die LURD-Model war in der Elfenbeinküste rekrutiert worden und steht gemäss Neuer Zürcher Zeitung vom 19. Juni 2003 unter der Führung von Bleaju Boi.

²¹ Neue Zürcher Zeitung, 18. Juli 2003: "Neue Kämpfe zwischen liberianischer Armee und Rebellen:"

²² Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 4. August 2003: "Taylor nennt Termin für Rücktritt"

²³ Neue Zürcher Zeitung, 10. 6. 2003: "Schweizer geraten in Liberia in Bürgerkriegswirren, Verschleppte wieder auf freiem Fuss."

²⁴ Neue Zürcher Zeitung, 2. August 2003: "UNO-Sicherheitsrat erteilt Mandat für Friedenstruppe nach Liberia" und Frankfurter Allgemeine Zeitung, 5. August 2003: "Erste Soldaten der Friedenstruppen in Monrovia eingetroffen."

²⁵ Neue Zürcher Zeitung, 26. Juni 2003: "Bruch des Waffenstillstandes" und NZZ: 18. Juli 2003: "Endzeitstimmung in Liberias Hauptstadt."

4 Anstrengungen für ein internationales Friedensmandat und für die Entsendung von Friedenstruppen

4.1 Zögerliches Engagement der USA

Grossbritannien und Frankreich, welche sich militärisch in den Nachbarländern Sierra Leone und Elfenbeinküste engagieren, drängten nach Ausbruch der Kämpfe in Monrovia die USA, militärisch zu intervenieren.²⁶ Die beiden EU-Staaten erhoffen sich durch ein Engagement der USA eine definitive Lösung des Regionalkonfliktes zwischen Liberia, Sierra Leone und die Elfenbeinküste.²⁷

Auch die UNO übte Druck für die Entsendung amerikanischer Truppen aus. Ende Juni 2003 rief UNO Generalsekretär Kofi Annan den Sicherheitsrat auf, Friedenstruppen nach Liberia zu schicken. In der Folge erklärte sich die Westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft (ECOWAS) bereit, mindestens 3000 Friedenssoldaten zur Verfügung zu stellen. Sie knüpfte dies allerdings an die Bedingung, dass die USA sich ihrerseits mit 2000 Mann beteiligten und die Führungsrolle übernehmen. Auf diese Weise geriet die USA zusehends unter Zugzwang.²⁸ Die Administration Bush, welche aus ihrem fehlenden Enthusiasmus für eine Intervention kein Geheimnis machte, erklärte sich zu einem Militäreinsatz aber nur bereit, wenn die folgenden Bedingungen erfüllt würden:

- die Straffreiheit amerikanischer Soldaten gegenüber dem Internationalen Strafgerichtshof zugesichert würde;
- der liberianische Präsidenten Taylor zurücktrete;
- ein Waffenstillstand zwischen den kämpfenden Truppen Liberias vereinbart werde;
- die ECOWAS bei der geplanten Friedensmission die Führung übernehme.²⁹

4.2 Friedensplan der ECOWAS

Die ECOWAS spielte schon bei den Friedensbemühungen zwischen den Krieg führenden Parteien und durch die Entsendung einer Friedenstruppe im ersten liberianischen Bürgerkrieg eine wichtige Rolle. Die Intervention der damaligen ECOMOG-Friedenstruppen, die von 1990 bis 1998 mit einer Truppenstärke von 13'000 bis 19'000 Mann in Liberia aktiv war, erfolgte aufgrund ihres Mandates.³⁰ Dabei spielten die nigerianischen Truppen eine Hauptrolle, und das ständige Kommando der ECOMOG wurde einem nigerianischen General übertragen. Allerdings war die friedensstiftende Rolle der ECOMOG nicht unproblematisch,

²⁶ Neue Zürcher Zeitung, 30. Juni 2003: "Relative Ruhe in Monrovia." Der britische UNO-Botschafter Greenstock erklärte, Washington sei wegen seiner historischen politischen und ökonomischen Beziehungen zu Liberia der "natürliche Kandidat" für ein militärisches Eingreifen. So wie Grossbritannien und Frankreich Truppen in die Nachbarländer Sierra Leone und Elfenbeinküste geschickt hätten, sollten die USA in Liberia intervenieren. Der französische Aussenminister de Villepin meinte bei einem Besuch in Ghanas Hauptstadt Accra, dass Frankreich bereit sei, die westafrikanischen Staaten bei der Lösung der Konflikte zu unterstützen. Er liess die Zuhörer aber im Unklaren darüber, ob französische Soldaten auch nach Liberia geschickt werden sollen.

²⁷ Neue Zürcher Zeitung, 26. Juni 2003: "Rolle/Bedeutung der USA."

²⁸ Neue Zürcher Zeitung, 3. Juli 2003 "Amerikanische Truppen nach Liberia? "

²⁹ Neue Zürcher Zeitung – Online, 27. Juni 2003: "Bush fordert Taylors Rücktritt" und Neue Zürcher Zeitung, 11. August 2003: "US Engagement in Liberia nur im Notfall."

³⁰ Mondes Rebelles, L'encyclopédie des acteurs, conflicts et violences politiques : "Liberia" S. 681; Paris 2001.

da sie selbst in Menschenrechtsverletzungen und korrupte Geschäfte mit den verschiedenen Kriegsparteien involviert war.³¹

Nach Ausbruch des aktuellen Konfliktes im Juni 2000 gründete die ECOWAS eine internationale Kontaktgruppe für den Frieden in Liberia. Dieser gehörten nebst der ECOWAS und den liberianischen Konfliktparteien die Mano River Union, die African Union (AU), die UN und die EU an. Weitere Mitglieder dieser Kontaktgruppe waren Burkina Faso, Nigeria, Senegal, Grossbritannien, Frankreich und die USA. Der von der ECOWAS vorgeschlagene Friedensplan sah vor, dass Präsident Taylor nach dem Inkrafttreten eines Waffenstillstandes zurücktreten müsse. Taylor wies jedoch bis zum Zeitpunkt seiner sich anbahnenden politischen und militärischen Niederlage diesen Plan zurück und berief sich auf seine legitime Wahl zum liberianischen Staatspräsidenten im Jahre 1997.

4.3 UNO-Resolution zur Entmachtung Taylors

Gleichzeitig zu den Verhandlungen der ECOWAS mit den verschiedenen liberianischen Bürgerkriegsparteien bemühte sich der UNO-Sicherheitsrat um eine Resolution zu Liberia. Diese kam am 1. August 2003 zustande, als das fünfzehnköpfige Gremium in New York mit 12 zu 0 Stimmen der von den USA eingebrachten Resolution 1497 zustimmte. Die Resolution forderte den liberianischen Präsident Charles Taylor auf, sein Amt niederzulegen und das Land zu verlassen. Zudem verlangte sie die Entsendung einer internationalen Eingreiftruppe unter Führung westafrikanischer Nationen, der *Ecowas Military Mission in Liberia* (ECOMIL), um das Waffenstillstandsabkommen zwischen den Kriegsparteien durchzusetzen.³² Weiter erlaubte das Mandat den Soldaten der Ecomil, Waffengewalt zur Selbstverteidigung und zum Schutz von ZivilistInnen anzuwenden.³³

Die USA verlangten allerdings, dass der Einsatz der ECOMIL auf möglichst kurze Zeit beschränkt, und diese spätestens am 1. Oktober 2003 durch die Verbände von UNO-Blauhelmen abgelöst würden.³⁴ Die UNO erwiderte darauf, dass die Bereitstellung von UNO-Truppen ein äusserst komplexes Unterfangen sei, weshalb sich die vollumfängliche Stationierung der UNMIL-Friedenstruppen verzögern könnte.

Weiter erreichten die USA, dass dem UNO-Mandat zur Entsendung der Friedenstruppen eine Klausel beigefügt wurde, welche die amerikanischen Soldaten vor einer Strafverfolgung durch den Internationalen Gerichtshof in Den Haag ausnimmt.³⁵ Aus Protest gegen diese Klausel verweigerten Deutschland, Frankreich und Mexiko als Mitglieder des UNO-Sicherheitsrates, der Resolution zuzustimmen. Diese Bestimmung widerspreche internationalem Recht, machten die drei Staaten geltend. Ein Diplomat nannte die schliesslich angenommene Klausel "Erpressung."³⁶

³¹ Unter anderem kam es im Januar 1996 im sierraleonischen Grenzgebiet zwischen der ECOMOG und ihrem früheren Verbündeten ULIMO-J zu Kampfhandlungen, weil ein neuer ECOMOG-Kommandant sich weigerte, das bisherige Bündnis mit Johnson bei der Ausbeutung der Minen weiterzuführen. Vielmehr wollte er Johnson entwaffnen.

³² Neue Zürcher Zeitung, 2. August 2003: "UNO-Sicherheitsrat erteilt Mandat für Friedenstruppe nach Liberia."

³³ Neue Zürcher Zeitung, 5. August 2003: "Friedenssoldaten in Liberia eingetroffen."

³⁴ Neue Zürcher Zeitung, 4. August 2003: "Aufstellung einer UNO-Truppe für Liberia."

³⁵ Neue Zürcher Zeitung, 4. August 2003: "Aufstellung einer UNO-Truppe für Liberia."

³⁶ Neue Zürcher Zeitung, 2. August 2003: "UNO-Sicherheitsrat erteilt Mandat für Friedenstruppe nach Liberia."

5 Exilierung Taylors und anschliessende Machtübernahme durch Vizepräsident Moses Blah³⁷

Nach einem Treffen mit dem nigerianischen Staatspräsidenten Obasanjo, der Taylor im nigerianischen Asyl Straffreiheit gegenüber dem Internationalen Gerichtshof für die Verfolgung von Kriegsverbrechen in Sierra Leone zusicherte, erklärte sich Taylor bereit, einer neuen Regierung Platz zu machen.³⁸ In der Folge gab er eine offizielle Erklärung ab, dass er am 11. August 2003 sein Amt niederlegen und das Land verlassen werde. Dieser offizielle Machtverzicht Taylors führte zum Durchbruch in den Verhandlungen und ermöglichte ein anschliessendes Waffenstillstands- und Friedensabkommen zwischen den liberianischen Kriegsparteien.³⁹

Gegen die Gewährung der Straffreiheit für Taylor protestierte insbesondere die internationale Menschenrechtsorganisation *Human Rights Watch* mit Sitz in New York. Sie forderte Nigeria auf, Taylor dem Kriegsverbrechertribunal für Sierra Leone zu übergeben, damit er wegen seiner Verbrechen gegen die Menschlichkeit während der Bürgerkriege von 1991 bis 2003 zur Verantwortung gezogen werden könne.

Nach Taylors Ausreise ins nigerianische Exil am 11. August 2003 wurden die Amtsgeschäfte vom bisherigen Vizepräsidenten Moses Blah übernommen.⁴⁰ Blah, ein enger Vertrauter Taylors, hat den Ruf, einer seiner loyalsten Militärkommandanten gewesen zu sein. Als dessen Generalinspektor für Disziplinarangelegenheiten war er in Menschenrechtsverletzungen involviert, indem er für die Exekution von Regimegegnern verantwortlich war.⁴¹

Nach der Ausreise Taylors erklärten die verschiedenen Konfliktparteien den Bürgerkrieg für beendet.⁴²

Am 18. August 2003 unterzeichneten Vertreter der liberianischen Konfliktparteien in der ghanesischen Hauptstadt Accra einen Friedensvertrag.⁴³ Das im Beisein des ghanesischen Präsidenten Kufuor sowie von Vertretern der UNO, der Afrikanischen Union und der EU von allen liberianischen Parteien unterzeichnete Abkommen sieht einen sofortigen Waffenstillstand und eine Beendigung des Bürgerkriegs vor.⁴⁴ Pufferzonen sollen dazu beitragen, dass der Waffenstillstand eingehalten wird. Die Friedenstruppen der ECOMIL, respektive der UNMIL, sollten die Einhaltung des Waffenstillstands gewährleisten und sicherstellen, dass die Hilfswerke die Bedürftigen versorgen können. Die Rebellenverbände sollten entwaffnet und ihre Angehörigen in eine neue Armee integriert werden.⁴⁵ Zudem kamen die Konfliktparteien überein, dass Blah seine Macht am 14. Oktober 2003 an eine Übergangsregierung unter Gyude Bryant abgeben werde, welche Liberia zu freien Wahlen führen soll.

³⁷ Neue Zürcher Zeitung, 12. August 2003: "Rebellen erklären Bürgerkrieg für beendet."

³⁸ Neue Zürcher Zeitung, 7. Juli 2003: "Nigeria bietet dem Präsidenten Asyl an."

³⁹ Neue Zürcher Zeitung, 2. August 2003: "UNO-Sicherheitsrat erteilt Mandat für Friedenstruppe nach Liberia."

⁴⁰ Taylors neuer Wohnsitz ist Calabar im Südosten Nigerias an der Grenze zu Kamerun.

⁴¹ Kurier, 9. August 2003

⁴² Neue Zürcher Zeitung, 5. August 2003: "Friedenssoldaten in Liberia eingetroffen."

⁴³ Neue Zürcher Zeitung, 20. August 2003: "Liberianer auf dem Pfad der Gewaltlosigkeit, Regierung und Rebellen verzichten auf höchste Ämter."

⁴⁴ Der Wortlaut des Friedensabkommens ist zu finden unter Reliefweb: 18. August 2003: Peace Agreement between Govt. of Liberia, LURD, MODEL and Political Parties www.reliefweb.int/w/rwb.nsf/0/53e5d6b0a2cf79f1c1256d8900463c0b?OpenDocument

⁴⁵ Neue Zürcher Zeitung, 20. August 2003: "Liberianer auf dem Pfad der Gewaltlosigkeit, Regierung und Rebellen verzichten auf höchste Ämter."

6 Stationierung der ECOMIL und der UNMIL-Friedenstruppen und aktuelle Sicherheitslage⁴⁶

Am Montag, 4. August 2003 traf ein erstes nigerianisches Kontingent der ECOMIL von 350 Mann in Liberia ein, welche am Flughafen von Monrovia von einer begeisterten Menschenmenge begrüsst wurden.⁴⁷ Ursprünglich war vorgesehen, dass die Eingreiftruppe aus 5000 Soldaten bestehen und auch die Staaten Ghana, Mali, Benin, Senegal und Togo Truppenkontingente entsenden sollten. Schlussendlich kamen aber nur die von Nigeria entsandten 3500 Mann zum Einsatz.

Ende September 2003 lösten 4300 Mann der *United Nations Mission* in Liberia (UNMIL) das 3500 Personen umfassende Kontingent der ECOMIL ab.⁴⁸ Ihr Hauptquartier befindet sich im nördlichen Stadtteil Monrovias, in Bushrod Island.⁴⁹ Anfang Oktober 2003 erklärte der verantwortliche kenyanische General Opande, er sei mit den Fortschritten bei der Entwaffnung der Kämpfer in Monrovia zufrieden, da in weiten Teilen der Hauptstadt nur noch Blauhelmsoldaten öffentlich Waffen trügen. Um die Waffenruhe landesweit durchsetzen zu können, will die UNO ihre Truppenstärke bis im März 2004 auf 15'000 Mann ausdehnen.

Trotz der Stationierung der internationalen Friedenstruppe kehrte bis Ende September 2003 kein Friede in Liberia ein. Ein Grund besteht in den ethnischen Spannungen zwischen den beiden Rebellenfraktionen der LURD und der LURD-Model. Nachdem die beiden Rebellengruppen ihr Ziel erreicht haben und Taylor loswurden, besteht über das weitere politische Vorgehen keine Einigung mehr. Zudem verfolgen ihre ausländischen Mentoren und Waffenlieferanten unterschiedliche wirtschaftliche und politische Interessen.⁵⁰

Die Kontingente der Friedenstruppen waren mit 4'300 Mann Ende September 2003 noch allzu dünn gesät, als dass sie in der Lage gewesen wären, im ganzen Land für Ruhe und Ordnung zu sorgen.⁵¹ Ende September 2003 herrschte zwar in Monrovia relative Ruhe, und die dort weilenden Flüchtlinge konnten inzwischen von Hilfsorganisationen mit dem Nötigsten versorgt werden. Doch ausserhalb Monrovias herrschen Unsicherheit und Gewalt. Tausende von schlecht ernährten Rebellen und Rebellinnen, Soldaten und Milizionären, unter ihnen viele Jugendliche, machen die ländlichen Gebiete unsicher. Nach Zwischenfällen in der Hafenstadt Buchanan und in Banga, etwa 160 Kilometer nordwestlich von Monrovia, flohen Tausende von Menschen. In der Stadt Bahn, in der Nähe zur Grenze der Elfenbeinküste wurden bei einem Massaker der LURD-Model gegen 1000 Menschen getötet.⁵²

Die landesweite Sicherheit kann voraussichtlich erst erlangt werden, wenn die UNMIL im März 2004 ihre vorgesehene volle Truppenstärke von 15'000 Mann erreicht.

⁴⁶ Neue Zürcher Zeitung, 2. August 2003: "UNO-Sicherheitsrat erteilt Mandat für Friedenstruppe nach Liberia."

⁴⁷ Neue Zürcher Zeitung, 5. August 2003: "Friedenssoldaten in Liberia eingetroffen."

⁴⁸ IRIN, Westafrica Weekly 195, 27. September-3 Oktober 2003.

⁴⁹ Neue Zürcher Zeitung, 15. Oktober 2003: "Liberias neuer Regierungschef vereidigt."

⁵⁰ Neue Zürcher Zeitung, 13. August 2003: "Liberias Übel an der Wurzel packen."

⁵¹ Neue Zürcher Zeitung, 15. Oktober 2003: "Liberias neuer Regierungschef vereidigt"

⁵² Neue Zürcher Zeitung, 25. August 2003: "Wieder gegen tausend Tote in Liberia."

7 Aufbau des liberianischen Patrimonialstaates

7.1 Dominante National Patriotic Front of Liberia (NPFL) als Regierungspartei⁵³

Gemäss Verfassung ist der 1874 gegründete liberianische Staat eine Präsidentialrepublik mit einem Zweikammerparlament (Repräsentantenhaus und Senat).⁵⁴ Das Repräsentantenhaus besteht aus 64 und der Senat aus 26 Mitgliedern. Aufgrund der Wahlen von 1997 wurden die 64 Sitze des Repräsentantenhauses wie folgt bestellt:

- NPLF, 49 Sitze;
- United Party (UP), 7 Sitze;
- United Liberation Movement of Liberia/ULIMO-K, 3 Sitze;
- Sonstige, 5 Sitze.

Die 26 Sitze des Senates gingen an die folgenden Parteien:

- NPLF, 21 Sitze;
- United Party (UP), 3 Sitze;
- ULIMO-K, 2 Sitze.

Seit ihrem Wahlsieg am 19. Juli 1997 bis zur Exilierung Taylors im August 2003 war die NPFL die dominante Regierungspartei. Auch nach der Absetzung Taylors verfügt die NPFL über einen grossen Einfluss. Ihre Anhänger kontrollieren immer noch den Staatsapparat und sie verfügen über starke Interessensgruppen, welche wichtige Wirtschaftsbeziehungen zu den verschiedenen internationalen Firmen pflegen. In ethnischer Hinsicht rekrutierten sich ihre Anhänger aus den Gio und Mano.⁵⁵

7.2 Charakteristika von Taylors Oligarchie⁵⁶

Unter Taylor funktionierten die verfassungsmässig garantierte Gewaltenteilung und die demokratische Machtkontrolle nicht. Taylor übte seine Herrschaft über ein Klientensystem aus, welches aus Vertretern internationaler Konzerne und aus Angehörigen eigener Sicherheitskräfte bestand. Seine Macht beruhte auf dem Reichtum, den er über Gold-, Diamanten- und Holzexporte erwarb, und auf der Brachialgewalt seiner Sicherheitskräfte.⁵⁷

Die wichtigste politische Zielsetzung des taylorischen Patrimonialstaates, den Berkeley als "Mafiakultur" charakterisiert, bestand in der Ausbeutung der vorhandenen Ressourcen zur persönlichen Bereicherung.⁵⁸ Zusammen mit einem dubiosen Konglomerat internationaler Firmen plünderte seine Klientel den Reichtum des Landes.

⁵³ Obwohl nach ihrem Wahlsieg die NPFL in National Patriotic Party (NPP) umbenannt wurde, wird im vorliegenden Bericht weiterhin von der NPFL gesprochen.

⁵⁴ Angaben gemäss "Der Fischer Weltalmanach" 2003: "Liberia", S. 505, Frankfurt a/M, 2002. Auf die parteipolitische Zusammensetzung der Regierung Taylors wird ausführlich in der HWV-Dokumentation der SFH zu Westafrika aus dem Jahre 2000 von Jürg Schneider eingegangen: Jürg Schneider, Kapitel 2 "Staat und politisches System", in: "Liberia", in: "Westafrika," SFH, November 2000, 12 Seiten.

⁵⁵ Mondes Rebelles, L'encyclopédie des acteurs, conflicts et violences politiques : "Liberia" S. 684; Paris 2001.

⁵⁶ Bill Berkeley: "The rebel" (S. 21-61) in "The Graves are not yet full. Race, Tribe and Power in the heart of Africa", New York, 2001.

⁵⁷ Neue Zürcher Zeitung, 18. Juli 2003: "Endzeitstimmung in Liberias Hauptstadt."

⁵⁸ Bill Berkeley: "The rebel" (S. 21-61) in "The Graves are not yet full. Race, Tribe and Power in the heart of Africa", New York, 2001, S. 55.



Die Einkünfte durch ausländische Handelsgesellschaften, Franzosen⁵⁹, Italiener, Deutsche, Libanesen, Amerikaner und Russen spielten für die Bewaffnung von Taylors Kämpfern, für die Finanzierung der NPFL und später für die Aufrechterhaltung seiner Regierungsmacht eine überlebenswichtige Rolle.

Staatstragende Funktionen der beiden Sicherheitsdienste SSS und ATU

Nach den Wahlen 1997 wurden die NPFL-Rebellen in die verschiedenen staatlichen Sicherheitsdienste eingebunden. Dabei hatten die Special Security Services (SSS) und die Anti Terrorist Unit (ATU) unter der Vielzahl der sonst unzuverlässigen Sicherheitsdienste eine staatstragende Funktion.⁶⁰

Der SSS war das Skelett der Sicherheitsdienste des NPFL-Regimes. Er war für die grundlegende Staatssicherheit zuständig und seine Aufgaben bestanden im Einzelnen in:

- der Unterstützung der RUF;
- der Kontaktpflege mit den wichtigsten ausländischen Partnern;
- der Führung der Finanzgeschäfte;
- dem Diamantenexport;
- der Einfuhr von Waffen.

Wegen ihrer herausragenden Bedeutung wurde der SSS in Dollars bezahlt. Er wurde vom engsten Vertrauten des Staatschefs, Benjamin Yeaten, angeführt. Dieser war seit Kriegsausbruch 1980 einer der ersten Waffengefährten von Charles Taylor. Er führte seit Frühling 2001 die Verteidigung gegen die LURD an. Am 1. Oktober 2003 floh Yeaten mit Einwilligung des amtierenden Verteidigungsministers Daniel Chea und des Interimspräsidenten Blah nach Ghana.⁶¹

Die Anti Terrorist Unit (ATU) ist eine Präsidentengarde. Sie wurde geschaffen, um die verschiedenen Kriegsherren bei der Beendigung des Konfliktes im Jahre 1997 zu schützen. Schon bald wurde sie aber im Kampf gegen Oppositionelle eingesetzt und bei ihren Übergriffen beging sie massive Menschenrechtsverletzungen gegenüber Oppositionellen und gegenüber der Zivilbevölkerung. Auch die ATU wird gegenüber den anderen Militär- und Polizeistreitkräften bevorzugt. Ihre Saläre, ihre Ausrüstung und ihre Ausbildung sind besser als diejenigen der regulären Armeeangehörigen. Bis Ende 2000 wurde die ATU vom ältesten Sohn des Präsidenten, Chucky Taylor, angeführt. Nach dessen Entlassung wegen seines brutalen Vorgehens gegen die Zivilbevölkerung wurde Momoh Djibba zu seinem Nachfolger bestimmt.

Weitere Streitkräfte der NPFL⁶²

Bei den übrigen Sicherheitskräften, welche zur NPFL gehören oder diese unterstützen, handelt es sich um:

- die sehr schwache Regierungsarmee der *Armed Forces of Liberia* (AFL);
- die *Special Operations Divisions* (SOD);

⁵⁹ www.politicsandelections.com/international/fra.htm Am 1. April 2001 beschloss die Schweiz, die Bankkonten von Jean François Mitterand einzufrieren. Dieser wurde in Frankreich wegen Geldwäscherei und illegalem Waffenhandel in der Höhe von 1.8 Millionen US Dollar angeklagt.

⁶⁰ International Crisis Group: "Liberia, Unravelling", Freetown and Brussels, 19. August 2002, S. 4. *Mondes Rebelles*, L'encyclopédie des acteurs, conflicts et violences politiques : "Liberia" S. 668 bis 692; Paris 2001.

⁶¹ IRIN, 15. Oktober 2003.

⁶² International Crisis Group: "Liberia, Unravelling", Freetown and Brussels, 19. August 2002.

- die Polizei;
- verschiedene Milizen, unter ihnen auch Marineeinheiten und die kürzlich wieder mobilisierten *Wild Geese*;
- ausländische Söldner;
- die sierraleonische RUF.

Die *Armed Forces of Liberia* (AFL) bestehen aus etwa 14'000 Mann. Sie umfassen zusätzlich zu ehemaligen NPFL-Kämpfern Angehörige unterschiedlichster ethnischer Gruppen. Sie sind schlecht ausgerüstet, schlecht bezahlt und werden schlecht geführt. Aus diesem Grund verfügt die AFL nur über eine geringe Schlagkraft und wird bei den Kämpfen gegen die LURD nicht an erster Stelle eingesetzt.⁶³

Missbrauch der traditionellen Poro-Gesellschaften zu kriegerischen Zwecken

Die Mende, Mandingo und Vai als Länder übergreifende ethnische Gruppen zwischen Liberia und Sierra Leone kennen die Tradition der Poro-Institution.⁶⁴ Ursprünglich bezeichnet Poro eine Gemeinschaft, welche aus neu-initiierten Männern und ihren Betreuern besteht, während die Bezeichnung "Sande" sich auf die Gemeinschaft der neu-initiierten Frauen bezieht. Waren die ursprünglichen Poro- und Sandegesellschaften mit spezifischen ethnischen Gruppen verbunden, so verbreiteten sich im Verlaufe des 20. Jahrhunderts die Porogesellschaften gesamtgesellschaftlich, d.h. als Initiationsgruppen unter allen ethnischen Gruppen des Landes.

Die Poro verstehen sich als Geheimgesellschaften, wobei sich die Geheimhaltung vor allem auf ihre Initiationsrituale bezieht. In vorkolonialer Zeit zog die betreffende Altersgruppe von Zuhause weg und lebte in einem spezifisch dafür gekennzeichneten Dorf, wo die Initianten die Normen des Erwachsenenalters lernten. Einzelne Porogesellschaften schotteten sich dabei bis zu sieben Jahren von der Gesellschaft ab, wobei ihre Separation zum vollständigen Bruch mit den ehemaligen Familienangehörigen führte.

In der traditionellen Porogesellschaft nahmen ältere, bereits initiierte Personen die Führungsaufgaben wahr. Diese verfügten innerhalb der Gemeinschaft über eine privilegierte Stellung, indem sie besseren Zugang zu Land, zu Arbeitskräften und zu Handelsressourcen erhielten. Sie hatten zudem das Recht, sich in die politischen Angelegenheiten der verschiedenen Häuptlingstümer der Region einzumischen und hatten auf diese Weise in vorkolonialer Zeit eine politisch dominante Rolle.

Der moderne liberianische Patrimonialstaat instrumentalisierte die traditionelle Kultur der Poro-Geheimgesellschaften zu eigenen politischen Zwecken und missbrauchte sie insbesondere für die Mobilisierung und Rekrutierung von Jugendlichen in das Militär. Die neuen, entfremdeten Poro-Geheimgesellschaften werden heute vor allem von lokalen "Warlords" der verschiedenen Rebellengruppen und von Regierungsoffiziellen angeführt. Ein Kenner der neuen Porogesellschaften, Stephen Ellis, weist in einem Bericht darauf hin, dass die verschiedenen *Warlords* und Regierungsoffiziellen bei der Rekrutierung der jungen Milizio-

⁶³ Mondes Rebelles 2001, S. 691.

⁶⁴ Eine gute Übersicht über die traditionellen Funktionen und Aufgaben der Poro-Geheimgesellschaften als Hüter der gemeinsam geteilten Werte der Gemeinschaft, gibt Little Kenneth in den beiden Artikeln: "The Mende in Sierra Leone" (S. 111-137) in: Forde Daryll: "African Worlds, Studies in the cosmological ideas and social values of African peoples", London, New York, Toronto 1954. "The Mende chiefdoms of Sierra Leone" (S. 239-259) in: Forde Daryll and Kaberry P.M.: "Westafrican Kingdoms in the nineteenth century", Oxford 1967.

näre Bezug auf traditionelle Initiationsrituale nahmen, deren Sinn und Bedeutung aber für ihre eigenen Machtinteressen entfremdeten.⁶⁵ Im Gegensatz zu den traditionellen "positiven" Normenvorschriften gab es neue "negative" Verhaltensvorschriften, welche vor allem bezweckten, dass die Jugendlichen ihre Führer bewundern und ihnen gehorchen würden.

Für die Jugendlichen besteht der Reiz, sich in die Abhängigkeit eines *Warlord* zu begeben, in der vermeintlichen Aussicht, dadurch soziale und finanzielle Eigenständigkeit zu erlangen und Reichtum zu erwerben. Als Milizionäre stehen sie nicht mehr unter der Kontrolle der traditionellen Ältesten und deren Normen, sondern sie selbst bestimmen scheinbar ihr Schicksal. Die ausser Kontrolle geratenen und unter Drogen gesetzten Kindersoldaten Liberias sind Ausdruck dieses Missbrauchs der traditionellen Werte und Funktionen der Porogesellschaften durch die verschiedenen liberianischen Staatsführer, welche diese zur eigenen Machtakkumulation nutzen.

Bereits William Tolbert, der von 1971 bis 1980 Präsident Liberias war, erklärte sich zum höchsten Führer aller Porogesellschaften.⁶⁶ Der inzwischen zurückgetretene Staatspräsident Charles Taylor gab sich den Titel *Dak Bana* oder höchster Führer aller Poros. Zusätzlich gründete Taylor eine eigene Vereinigung aller traditionellen Geheimgesellschaften, die sogenannten "Top Twenties," und er selbst rief sich zum höchsten Offizier dieser neuen Gesellschaft aus. Einer von Taylors engsten Vertrauten behauptete, dass er verlangte, dass alle seine Kabinettsmitglieder initiiert werden müssten.

8 Die Finanzierung des Krieges und der verschiedenen Streitkräfte

8.1 Die Oriental Timber Company (OCT)

Während der Regierungszeit der NPFL waren die verschiedenen internationalen Holzfällfirmen am illegalen Waffenhandel mitbeteiligt und ermöglichten Taylor damit, das gegen ihn verhängte UNO-Waffenembargo zu umgehen.⁶⁷ Eine Hauptrolle spielte dabei die grösste in Liberia ansässige Holzfällfirma, die *Oriental Timber Corporation* (OTC). Mit einer von Taylor gestellten Miliz von 2500 Mann kontrollierte sie den Hafen von Buchanan als wichtigsten Handelsumschlagplatz für den gesamten Holz- und Waffenhandel. An der Spitze der OTC standen Gus Kouwenhoven⁶⁸ und Joseph Bong, der die NPFL mit Waffen und Geld unterstützte und diese ausbildete. Die UNO verhängte gegen Bong deswegen ein Reiseverbot.

Die OCT, welche in den letzten Jahren im Osten Liberias ganze Wälder kahlschlug, exportierte mehrere Millionen Kubikmeter Holz vorwiegend in die Volksrepublik China. Allein für die Konzessionserteilung soll Taylor mindestens einen zweistelligen Millionenbetrag in US-Dollar erhalten haben. Im Jahre 2000 brachte die Holzindustrie 186 Millionen US Dollar ein,

⁶⁵ Ellis Stephen: "Young Soldiers and the Significance of Initiation: Some Notes from Liberia" (12 Seiten), Afrika-Studiecentrum, Leiden (ca. 1997 ohne Datumsangabe).

⁶⁶ Stephen Ellis S.7

⁶⁷ The Usual Suspects Liberia's Weapons and Mercenaries in Côte d'Ivoire and Sierra Leone Why it's Still Possible, How it Works and How to Break the Trend, S. 13/14. A Report by Global Witness. March 2003. www.globalwitness.org

⁶⁸ Global Witness: "The usual suspects", S.13, 2003: www.globalwitness.org

aber auch davon kam nur ein kleiner Bruchteil dem Staatshaushalt zugute.⁶⁹ Die aus dem illegalen Handel stammenden Waffen, mit denen Liberia das UNO-Embargo umgeht, stammen aus chinesischer Produktion. Sie werden über die ehemaligen Ostblockländer, insbesondere die Ukraine, illegal nach Liberia importiert. Hauptverantwortlich für diesen Waffenhandel ist das kriminelle Netzwerk von Leonid Minin und von Victor Bout. Beide pflegen seit Ausbruch der NPFL-Rebellion im Jahre 1990 Handelsbeziehungen mit der NPFL.⁷⁰

Erst im Juni 2003, als die UNO die liberianischen Holzausfuhren mit Sanktionen belegte und die OTC Liberia fluchtartig verliess, verlor Taylor seine wichtigsten Finanzquellen für die Entlohnung seiner Streitkräfte und für die Weiterführung des Krieges.⁷¹

8.2 Illegaler Diamantenhandel

Ein weiterer Industriezweig, in den die Regierung involviert ist, ist der illegale Diamantenhandel. Der im April 2003 erschienene Bericht "For a few dollars more, how al Qaeda moved into the diamond trade,"⁷² weist auf die kriminellen Machenschaften der im internationalen Diamantenhandel tätigen Regierung Liberias und der am Geschäft beteiligten Händler hin. Der Bericht hebt als besorgniserregend hervor, dass fundamentalistische islamische Gruppen wie die libanesische Hisbollah, die libanesische Amal und el Qaida den regionalen Diamantenhandel zur Finanzierung ihrer terroristischen Aktivitäten missbrauchen. Eine Hauptrolle in diesem Netzwerk spielt dabei der Liberianer Ibrahim Bah. Er war im ersten liberianischen Bürgerkrieg Militärberater der RUF und hatte als Kommandant einer NPLF-Einheit eine wichtige Stellung inne.⁷³

Taylor selbst profitierte gemäss NZZ-Artikeln vom Juli 2003 ebenfalls von diesem Diamantengeschäft, indem er als Entgelt für seine Hilfe an die RUF Rohdiamanten erhielt. In der Folge schnellte der Export von angeblichen liberianischen Diamanten in die Höhe und erreichte während des Höhepunktes des sierraleonischen Bürgerkriegs im Jahre 1999 gemäss offiziellen liberianischen Angaben einen Umfang von 900'000 US Dollar. Tatsächlich war das Handelsvolumen aber viel grösser, trafen doch 1999 in Belgien "liberianische" Rohdiamanten im Wert von 247 Millionen US Dollar ein.⁷⁴

8.3 Fluchtgeld in der Schweiz

Taylor verfügt nach Berkeley⁷⁵ über Bankkontos in der Elfenbeinküste, in Burkina Faso und in der Schweiz. Für die Finanzgeschäfte der liberianischen Regierung war eine enge Vertraute von Charles Taylor, Frau Grace Minor, verantwortlich. Sie war Senatorin und sogar Senatspräsidentin der Regierung, und eröffnete 1993 Bankkonten für Taylor in der Schweiz, welches gemäss *Global Witness* für Geldwäscherei benutzt wird.⁷⁶ *Global Witness* schätzt,

⁶⁹ Neue Zürcher Zeitung, 20. Juli 2003: "Charles Taylor hat seinen Platz in der Geschichte."

⁷⁰ Global Witness: "The usual suspects", S. 16, 2003: www.globalwitness.org

⁷¹ Neue Zürcher Zeitung, 18. Juli 2003: Endzeitstimmung in Liberias Hauptstadt.

⁷² Global Witness: "For a few dollars more. How al Qaeda moved into the diamond trade." A report by Global witness. April 2003: <http://www.globalwitness.org>

⁷³ Global Witness: "For a few dollars more. How al Qaeda moved into the diamond trade." A report by Global witness, S. 44, April 2003: <http://www.globalwitness.org>

⁷⁴ NZZ, 20. Juli 2003: "Charles Taylor hat seinen Platz in der Geschichte."

⁷⁵ Berkeley, 2001. S. 53

⁷⁶ The Usual Suspects, Global witness, S. 13. Eine ausführliche Darstellung über den Waffenhändler Victor Bout gibt Landman Peter im Magazin des Tagesanzeigers Nr. 42 (S. 20 –29) vom 18. bis 24. Oktober 2003.

dass sich ein Betrag von mindestens 3,8 Milliarden US Dollar auf den Schweizer Konten befindet.⁷⁷

Die Schweiz reagierte auf die Anschuldigungen von *Global Witness* im Jahre 2003 mit der Sperrung der Konten. Die NZZ vom 24. Juni 2003 schrieb, dass das Bundesamt für Justiz (BJ) mit dieser Massnahme auf ein Rechtshilfeersuchen des Spezialgerichtshofs für Sierra Leone reagierte.⁷⁸ Nach Angaben des BJ wurden verschiedene Banken in Genf und Zürich angewiesen, allfällige Konten der im Ersuchen des Gerichtshofs genannten Personen und Institutionen zu sperren. Es handelte sich dabei neben Taylor um dessen Angehörige, Vertreter seines Regimes und um weitere Geschäftsleute und Firmen.

Eine der glaubwürdigsten liberianischen Oppositionspolitikerinnen, Ellen Johnson Sirleaf, fürchtet, dass die Korruption auch nach dem Exil Taylors andauern werde. Die wichtige Interessensgruppe um den ehemaligen Staatspräsidenten Taylors versuchte zu verhindern, dass die internationale Gemeinschaft einen Überblick über die verschiedenen Firmen und Dienstleistungen der ehemaligen liberianischen Regierung erhielten. Gleichzeitig gab Sirleaf ihrer Besorgnis Ausdruck, dass künftige Einkommen aus dem Holzhandel erneut für die Finanzierung des Konfliktes missbraucht werden könnten. Der UNO Sicherheitsrat übernahm diese Sichtweise und beschloss am 26. August 2003, das gegen Liberia erlassene Embargo für den Holzhandel beizubehalten.⁷⁹

9 Zivile und politische Opposition

9.1 Fehlende Zivilgesellschaft und Verelendung der Bevölkerung

Gemäss *West Africa Network for Peacebuilding* (WANEP) sind die wichtigsten Institutionen der Zivilgesellschaft der Interreligiöse Rat, das *Civil Society Movement* und die Massenbewegung der Frauen für den Frieden.⁸⁰ Allerdings sind diese Organisationen nicht in der Lage, den korrupten Machthabern die Stirn zu bieten.

Bereits im ersten liberianischen Bürgerkrieg von 1990 bis 1996 wurden die Institutionen der Zivilgesellschaft zerschlagen und die zivilen OppositionspolitikerInnen eingeschüchtert. Die verschiedenen kämpfenden Fraktionen brachten schon damals Menschen wahllos um, verbreiteten Angst und Schrecken und versklavten Menschen. Die Einschüchterung der Zivilbevölkerung blieb auch unter Taylor ein wichtiges Instrument seiner politischen Führung und der politischen Kultur.⁸¹ Sie hatte zur Folge, dass die politische Opposition im Keim erstickt wurde und die verschiedenen Oppositionsparteien keine gemeinsame Koalition der Oppositionskräfte formieren konnten.

⁷⁷ Global Witness beruft sich bei diesen Zahlen auf die Angaben der schweizerischen Nationalbank für das Jahr 2002 (S. 18) und schreibt dazu: "The Liberian Gouvernement is hiding large sums of embezzled money in bank accounts in Switzerland, Burkina Faso and Côte d'Ivoire. Liberian deposits in Swiss accounts are more than either Nigeria or South Africa, and are, at a minimum, approximately US\$ 3.8 billion." (S. 7).

⁷⁸ In der Neuen Zürcher Zeitung vom 24. Juni 2003 unter "Mögliche Konten von Taylor vorsorglich gesperrt", steht weiter: Das Rechtshilfeersuchen des Spezialgerichtshofs für Sierra Leone datiert vom 19. Juni. Darin war das Bundesamt für Justiz aufgefordert worden, die Vermögenswerte des Präsidenten von Liberia in der Schweiz zu sperren und allfällige Unterlagen der Banken zu erheben.

⁷⁹ World Bank, Global development Briefing, August 28, 2003.

⁸⁰ www.wanep.org

⁸¹ Bill Berkeley: "The rebel" (S. 21-61) in "The Graves are not yet full. Race, Tribe and Power in the heart of Africa", New York, 2001

Eine weitere Machtstrategie Taylors, gegen die zivile Opposition vorzugehen, bestand darin, den ethnischen Hass zwischen den verschiedenen Gruppen zu schüren. Sein Zweckbündnis mit den von Doe ausgehungerten und rachsüchtigen Ethnien der Mano und Gio bildete sein ideales Rezept für die Unterdrückung jeglicher dissidenter Meinungsäusserung und für die Zerstörung ziviler Oppositionsgruppen.

9.2 Parteienkoalitionen⁸²

Es gibt insgesamt achtzehn politische Parteien in Liberia (siehe dazu Anhang I "Politische Parteien und ihre AnführerInnen"). Obwohl Oppositionsparteien gemäss Verfassung erlaubt sind und nach ihrer formellen Registrierung durch die liberianische Regierung zugelassen werden, können sie in der Praxis politisch nicht tätig werden. Viele Oppositionsparteien existieren deshalb nur dem Namen nach und haben keine Unterstützung bei der Bevölkerung, deren politische Identifikation primär auf ihrer ethnischen Zugehörigkeit basiert. Ein Grossteil der politisch wichtigen Oppositionsparteien engagierte sich vom Exil aus für den Kampf der LURD um den Sturz Taylors. Wie bereits im SFH-Gutachten vom Juni 2003 über die Gefährdung der Mandingo (Malinké)⁸³ aufgezeigt, bestand die Rebellenkoalition der LURD insbesondere aus Parteien, welche die verschiedenen ULIMO Fraktionen repräsentierten und aus ehemaligen Parteiangehörigen der Regierung Samuel Does.

Politische Parteien und Wahlen

In Vorbereitung auf die ursprünglich auf Oktober 2003 vorgesehenen Wahlen,⁸⁴ die aber nach Taylors Sturz nicht abgehalten wurden, schlossen sich bei einem Treffen in den USA am 10. November 2002 fünf Oppositionsparteien zu einer Oppositionsplattform, dem sogenannten *Committee for the Merger of Liberian Political Parties* (CMPP) zusammen. Es handelte sich dabei um:

- die All Liberia Coalition Party (ALCOP);
- die Free Democratic Party (FDP);
- die Liberia National Union (LNU);
- die People's Democratic Party of Liberia (PDP);
- die Progressive People's Party (PPP).

Fünf weitere liberianische Oppositionsparteien schlossen am 18. November 2002 in Monrovia ein weiteres Bündnis. Dieses hatte zum Ziel, für die im Oktober 2003 vorgesehenen Wahlen einen gemeinsamen Gegenkandidaten anstelle von Präsident Taylor aufzustellen. Bei diesen Parteien handelte es sich um:

- die *National Democratic Party of Liberia* (NDPL), welche einst vom Diktator Doe ins Leben gerufen worden war;
- die frühere Langzeit-Regierungspartei *True Whig Party*;
- die Labour Party (LP);
- die Liberia National Union (LNU),
- die People's Democratic Party of Liberia (PDPL);
- die Reformation Alliance Party (RAP).

⁸² International Crisis Group: "Liberia, Unravelling", Freetown and Brussels, 19. August 2002

⁸³ SFH-Infobörse Nr. 2, Juni 2003: "Liberia, Gefährdung der Mandingo (Malinké) in Liberia und in der Elfenbeinküste, Gutachten von Peter Hunziker, Stand Mai 2003, S. 3 und S. 5.

⁸⁴ Peter Körner: "Liberia" (S. 138-141) in Hofmeier R. und Mehler Andreas, Institut für Afrika-Kunde: "Afrika-Jahrbuch 2002, Politik, Wirtschaft und Gesellschaft in Afrika südlich der Sahara." Opladen 2003.



In der Absicht, bei der künftigen Gestaltung der politischen Verhältnisse des Landes mitzuwirken, riskierte die UP-Chefin Johnson Sirleaf Ende November 2002 ihre Rückkehr aus dem Exil nach Monrovia.

Politischer Stellenwert der Oppositionsparteien

Die Opposition ist zersplittert und die politischen Programme beinhalteten bisher nicht viel mehr, als den Sturz Präsident Taylors.⁸⁵ Die Zerstrittenheit der Opposition ist gemäss ICG⁸⁶ symptomatisch für das Scheitern des politischen Systems Liberias und die Unfähigkeit der liberianischen Staatsführung, einen funktionsfähigen Gesellschaftsvertrag zwischen den verschiedenen ethnischen Gruppen und Gesellschaftsschichten herauszubilden. Trotz der Exilierung Taylors muss mit dem Weiterbestehen ethnischer Feindschaft und der anhaltenden Spaltung unter den verschiedenen Oppositionsgruppen gerechnet werden. Zudem ist der Grossteil der OppositionspolitikerInnen wegen ihrer Machenschaften während des Bürgerkrieges von 1989 bis 1996 unglaubwürdig. Die grosse Ausnahme ist einzig die Parteiführerin der UP, Ellen Johnson Sirleaf, welche voraussichtlich bei den Wahlen für die neue Regierung im Jahre 2005 kandidieren wird.⁸⁷

10 Justiz, Rechtsprechung und Bedingungen in den Gefängnissen

10.1 Politische Abhängigkeit der Justizbehörden⁸⁸

Die liberianische Verfassung schreibt ein unabhängiges Justizsystem vor, das in Wirklichkeit aber nicht besteht. Vielmehr sind die Richter politischem, sozialem und finanziellem Druck ausgesetzt und das gesamte Justizsystem ist korrupt.

An der Spitze der Justiz steht das höchste Gericht, der Supreme Court. Ihm sind die verschiedenen regionalen und lokalen Gerichte unterstellt. Allerdings funktionieren diese und selbst das höchste Gericht nur sporadisch. Es fehlt an Infrastruktur, an Finanzen und an ausgebildetem Personal. Zwar wurden Richter für das ganze Land ernannt, diese können ihre Arbeit wegen fehlender Ressourcen jedoch nur bedingt verrichten.

Die liberianische Regierung nimmt direkten Einfluss auf die Rechtsprechung und ignorierte in verschiedenen Fällen die Autorität der Gerichte. Im Juni 2001 zum Beispiel missachtete sie einen vom höchsten Gerichtshof erlassenen Entscheid, dass die Frachtdienste im Hafen von Monrovia nicht monopolisiert werden dürften.

Verschiedene Gerichte werden regelmässig durch illegale Geschenke bestochen. Personen, die wegen einer Straftat angeklagt wurden, bezahlen Geldbeträge, um die Richter günstig zu stimmen oder um zu erreichen, dass die Staatsanwälte und die Polizeioffiziere die Verfahrensregeln einhalten. Im Jahre 2000 erklärte der höchste Staatsanwalt des höchsten

⁸⁵ International Crisis Group: "Liberia Unravelling", S. 7, Freetown, Brussels, 19. August 2002.

⁸⁶ International Crisis Group: "Liberia Unravelling", S. 7, Freetown, Brussels, 19. August 2002.

⁸⁷ Angaben von David Harris, 21. August 2003, <http://people.africadatabase.org/people/profiles/profilesforperson2655.html>

⁸⁸ Immigration and Nationality Directorate, Liberia Extended Bulletin, 2002.

Gerichtet öffentlich, dass die Verzögerungen in den Lohnzahlungen an die Justizbeamten zur Korruption beitrage.

10.2 Fehlende Standards der Rechtsprechung⁸⁹

Gemäss Verfassung haben die Angeklagten das Recht auf ein faires Verfahren, das internationalen Standards der Rechtsprechung entspricht. In der Praxis werden diese Standards aber nicht eingehalten. Es gibt in Liberia, insbesondere auch in den ländlichen Gebieten, keine effiziente Rechtsprechung, welche die Verteidigung eines Angeklagten gewährleistet.

Die staatlichen Sicherheitskräfte setzten sich über das in der Verfassung formulierte Gesetz, das willkürliche Verhaftung und Gefangennahme verbietet, hinweg. Verschiedene Male wurden Personen heimlich festgenommen und in inoffiziellen Gefängnissen festgehalten. Oft werden Personen lange Zeit, ohne Angabe des Haftgrundes und ohne die Möglichkeit einen Rechtsanwalt beizuziehen, in Untersuchungshaft festgehalten. In einigen Fällen überstieg die Dauer der Untersuchungshaft sogar das für ein Kriminaldelikt vorgesehene Strafmass.

10.3 Inoffizielle Gefängnisse und lebensbedrohliche Haftbedingungen

Nach Angaben von *Amnesty International* befinden sich die wichtigsten Haftzentren im Militärstützpunkt Gbatala und auf dem Gelände der liberianischen Ölgesellschaft im Bezirk Bong.⁹⁰ Im Stadtgebiet von Monrovia dienen die Einrichtungen von Polizeistationen und der Amtssitz des Präsidenten als Gefängnis.

Die Haftbedingungen in den Gefängnissen sind hart und oft lebensbedrohlich.⁹¹ Nach Augenzeugenberichten gibt es mehrere inoffizielle Gefängnisse. In verschiedenen Regionen Liberias dienen auch Container mit Gitterstäben als Zellen. Das bekannteste inoffizielle Gefängnis ist das sogenannte *Executive Manison*. Die Gefangenen werden dort ohne Angabe eines Haftgrundes festgehalten und in Einzelfällen auch gefoltert. Zudem werden sie nur ungenügend medizinisch versorgt und erhalten nicht genügend Nahrungsmittel.

In den offiziellen Gefängnissen *Monrovia Central Prison* und im *Barclay Military Training Center* sind die Zellen überbelegt. 90 Prozent der Häftlinge befinden sich in Untersuchungshaft und sind zusammen mit den rechtmässig Verurteilten untergebracht.

10.4 Indigene Rechtsprechung

In ländlichen Gebieten wird die traditionelle Rechtsprechung der Clanchefs, welche über Strafdelikte urteilen, weiterhin praktiziert, obwohl der höchste liberianische Gerichtshof die traditionelle Befragungsmethode als verfassungswidrig erklärte. Diese besteht darin, dass den Angeklagten ein glühendes Metall über den Körper gehalten wird, um herauszufinden, ob sie die Wahrheit sagen oder nicht.

⁸⁹ Immigration and Nationality Directorate, Liberia Extended Bulletin, 2002.

⁹⁰ Amnesty International: Asyl-Gutachten z.H. des Bayerischen Verwaltungsgerichts Ansbach vom 5.Mai 2003.

⁹¹ Immigration and Nationality Directorate, Liberia Extended Bulletin, 2002.

Trotz teilweise fragwürdiger Praktiken weist der internationale Gerichtshof zur Verfolgung von Kriegsverbrechen in Sierra Leone in seinem Papier "Children and the Truth and Reconciliation Commission for Sierra Leone"⁹² auf die Bedeutung indigener Rechtsprechung bei der Ahndung von Verbrechen gegen die Menschlichkeit hin. Je nach ethnischer Zugehörigkeit und nach Art des begangenen Verbrechens sind unterschiedliche traditionelle Führer für die Ahndung einer Straftat und für deren Wiedergutmachung verantwortlich. Bei den Mende etwa sind im Falle von Mord die traditionellen Porochefts, bei den Mandingo die sozialen Führer und bei den Vai die Führer der lokalen Gemeinschaft für die Ahndung dieses Verbrechens verantwortlich.⁹³

11 Ausblick

Im Friedensabkommen vom 18. August 2003 verzichteten alle drei Kriegsparteien, die NPFL, die LURD und die LURD-Model auf das Amt des Präsidenten und des Vizepräsidenten in der Übergangsregierung.⁹⁴ Nach Rücktritt des NPFL-Präsidenten Moses Blah übernahm am 14. Oktober 2003 Gyude Bryant, welcher der *Liberian Action Party* angehört, die Führung der Regierungsgeschäfte. Er soll als Vorsitzender, nicht aber als Präsident bis zur Einsetzung einer gewählten Regierung im Januar 2006 die Übergangsregierung führen. Bryant war am 21. August aus einer Liste von drei Kandidaten ausgewählt worden, welche die achtzehn politischen Parteien Liberias vorgeschlagen hatten.⁹⁵ Die NZZ mutmasst, dass ein wichtiger Grund für die Ernennung Bryants darin bestand, dass er sich gegen die Einsetzung eines Kriegsverbrechertribunals in Liberia aussprach. Bis zum Regierungsantritt von Bryant soll auch die Exekutive mit Vertretern der verschiedenen politischen Parteien neu besetzt werden. Die NZZ geht davon aus, dass die Vertreter der bisherigen Regierung das Innen- und das Verteidigungsministerium leiten, während die Mitglieder der LURD das Justiz- und Finanzministerium und die Vertreter des LURD-Model das Aussenministerium besetzen werden.⁹⁶

Bis Ende 2003 soll die Neubesetzung des aus zwei Kammern bestehenden Übergangsparlamentes erfolgen, welchem 76 Mitglieder angehören. Dabei stellen die bisherige Regierung und die beiden Rebellenverbände je zwölf Mitglieder, weitere 18 VertreterInnen stellen die politischen Parteien, insgesamt sieben die Bürgerorganisationen und Interessengruppierungen sowie je einen die 15 Provinzen des Landes.⁹⁷ Allgemeine Wahlen sollen im Jahr 2005 abgehalten werden. Die Wahlvorbereitungen sollen einer unabhängigen Wahlkommission übertragen werden und die neu gewählte Regierung und das neue Parlament sollen ihre Arbeit im Januar 2006 aufnehmen.

⁹² Annex: Background Documents and Working Papers: "Children and the Truth and Reconciliation Commission for Sierra Leone." UNICEF 2001, Internetquelle: www.unicef.org/emerg/theme/SierraLeone-TRCannexes.PDF

⁹³ Annex: Background Documents and Working Papers: "Children and The Truth and Reconciliation Commission for Sierra Leone." UNICEF, 2001, Internetquelle: www.unicef.org/emerg/theme/SierraLeone-TRCannexes.PDF

⁹⁴ Neue Zürcher Zeitung, 20. August 2003: "Liberianer auf dem Pfad der Gewaltlosigkeit, Regierung und Rebellen verzichten auf höchste Ämter."

⁹⁵ Reliefweb, 21. August 2003: "Businessman named to head Liberian Government."

⁹⁶ Neue Zürcher Zeitung, 20. August 2003: "Liberianer auf dem Pfad der Gewaltlosigkeit, Regierung und Rebellen verzichten auf höchste Ämter."

⁹⁷ Neue Zürcher Zeitung, 20. August 2003: "Liberianer auf dem Pfad der Gewaltlosigkeit, Regierung und Rebellen verzichten auf höchste Ämter."

Allerdings setzt eine längerfristige Lösung des Konfliktes in Liberia mehr voraus als nur die Neubestellung der Regierung. Der Einbezug bisheriger NPFL-Repräsentanten und regionaler *Warlords* in die Übergangsregierung ist problematisch. Das Land kann aus seinen scheindemokratischen Verhältnissen nur ausbrechen, wenn die seit der Unabhängigkeit vom politischen Leben ausgeschlossenen Bevölkerungsgruppen in den politischen Prozess miteinbezogen werden.

Wie gross der politische Einfluss Taylors immer noch ist, zeigte sich bei der Vereidigung des neuen Regierungschefs Gyude Bryant: Während Taylors Frau Jewel an der Zeremonie teilnahm, forderte der exilierte Taylor die Bevölkerung auf, die Übergangsregierung unter Bryant zu unterstützen.⁹⁸ Diese Stellungnahme trug ihm allerdings die Kritik der nigerianischen Behörden ein, welche ihn warnten, sich in die liberianische Politik einzumischen und mit seinen Getreuen in Monrovia zu telefonieren. Eine Bedingung für seine Asylgewährung hätte darin bestanden, dass er sich aus der liberianischen Politik heraushalte.

12 Verletzung der verfassungsmässig garantierten Grundrechte und betroffene Personengruppen

12.1 Allgemeine Einschränkung der demokratischen Grundrechte⁹⁹

Der vom April 2002 bis September 2002 durch Charles Taylor ausgerufene Ausnahmezustand lieferte der Regierung den Vorwand, gegen die seit längerem der Kollaboration mit der LURD verdächtige politische Opposition in Monrovia schärfer vorzugehen. Gemäss Regierungsverständnis fiel unter die politische Opposition auch das öffentliche Wirken von Medien, Religionsgemeinschaften, Menschenrechtsorganisationen und anderen Kräften der Zivilgesellschaft. Oft reichte der Regierung bereits das Eintreten für die Menschenrechte, für Demokratie oder religiöse Belange, um Personen als regimfeindlich zu verfolgen.

12.2 Willkürliches Vorgehen der Behörden¹⁰⁰

Wegen der Infiltration durch Regierungsmitarbeiter misstrauen sich die Mitglieder der Zivilgesellschaft gegenseitig.¹⁰¹ Viele sind sich im Unklaren darüber, wer ein Angehöriger einer Entwicklungshilfe- oder Menschenrechtsorganisation und wer als "Agent Provocateur" im Dienst der NPFL steht. Im März 2002 wurde ein Menschenrechtsaktivist, der in Guinea eine kritische Rede über Präsident Taylor hielt, von einem Teilnehmer denunziert und dieser wurde anschliessend inhaftiert. Seit diesem Zwischenfall fürchten viele Menschenrechtsaktivisten offen aufzutreten und bei privaten Anlässen ihre Meinung auszusprechen. Sie fürchten von der Regierung beschuldigt zu werden, verräterischen Aktivitäten nachzugehen oder einen Putschversuch zu planen.

⁹⁸ Neue Zürcher Zeitung, 15. Oktober 2003: "Liberias neuer Regierungschef vereidigt."

⁹⁹ Peter Körner: "Liberia" (S. 138-141) in Hofmeier R. und Mehler Andreas, Institut für Afrika-Kunde: "Afrika-Jahrbuch 2002, Politik, Wirtschaft und Gesellschaft in Afrika südlich der Sahara." Opladen 2003.

¹⁰⁰ Quellen: Menschenrechtsberichte für das Jahr 2002 des US State Departments, von Human Rights Watch und von Amnesty international sowie Bericht des Generalsekretärs über die Situation in Liberia vom 29. November 2002, United Nations Security Council, 26. Februar 2003.

¹⁰¹ International Crisis Group: "Liberia Unravelling", S.7, Freetown, Brussels, 19. August 2002.

Mit der Strategie der selektiven Verfolgung beabsichtigt die Regierung, Vorwürfen entgegenzutreten, dass Liberia ein Polizeistaat sei. Sie weist bei Anschuldigungen internationaler Menschenrechtsorganisationen immer wieder auf verschiedene Oppositionszeitungen hin, welche sich ihrer Meinung nach frei äussern könnten. Andererseits macht es das selektive und willkürliche Vorgehen der Behörden für die Opposition sehr schwierig, grundlegende Kritik an der Regierung zu äussern.¹⁰²

12.3 Ethnische Übergriffe¹⁰³

In Monrovia kam es regelmässig zu ethnischen Übergriffen gegen Angehörige der Krahn, Mandingo und der Gbandi, die als Rückhalt der LURD galten und schon während des Krieges von 1989 bis 1997 gegen Taylor gekämpft hatten.

Nach Angaben von *Amnesty International* wurden mehrere tausend Angehörige dieser ethnischen Gruppen als angebliche Dissidente willkürlich verhaftet. Sie wurden in illegalen Haftzentren festgehalten und gefoltert.¹⁰⁴

12.4 Studierende

Im März 2001 wurden bei einer friedlichen Demonstration in Monrovia zahlreiche Studierende und Dozenten von den Sicherheitskräften mit Peitschenhieben misshandelt und brutal geschlagen.¹⁰⁵ Über 40 Studierende wurden dabei festgenommen. Einige von ihnen wurden kurz darauf ohne Anklageerhebung wieder freigelassen. Mindestens sieben Studentinnen wurden während ihrer Inhaftierung vergewaltigt. Viele Studentenfürher haben seither aus Furcht vor weiteren Bedrohungen für Leib und Leben Liberia verlassen.

12.5 Pressefreiheit und Unterdrückung von Medienschaffenden

Obwohl die liberianische Verfassung die Rede- und Pressefreiheit garantiert, respektiert die Regierung dieses Grundrecht selten. Sicherheitsagenten bedrohen regelmässig JournalistInnen, die keine Selbstzensur üben, schüchtern diese ein und nehmen sie gefangen. JournalistInnen, die öffentliche Kritik üben, müssen mit dem Schliessen ihrer Zeitung und mit ihrer Verhaftung rechnen.¹⁰⁶

Im Verlaufe des Jahres 2001 wurde eine grosse Zahl von Medienschaffenden verhaftet. Im Februar 2001 verlangte die Regierung, dass vier Zeitungen wegen Nicht-Bezahlens der Steuern geschlossen würden. Diese konnten erst im Jahre 2002 ihre Arbeit wieder aufnehmen.

Im Februar 2001 wurden vier Reporter der Zeitung *News* mit der Begründung, Spionage zu treiben, in Untersuchungshaft genommen, nachdem sie einen Bericht über die Beschaffung

¹⁰² International Crisis Group: "Liberia Unravelling", S.8, Freetown, Brussels, 19. August 2002.

¹⁰³ Peter Körner: "Liberia" (S. 138-141) in Hofmeier R. und Mehler Andreas, Institut für Afrika-Kunde: "Afrika-Jahrbuch 2002, Politik, Wirtschaft und Gesellschaft in Afrika südlich der Sahara." Opladen 2003.

¹⁰⁴ Amnesty International: Asyl-Gutachten z.H. des Bayrischen Verwaltungsgerichts Ansbach vom 5. Mai 2003.

¹⁰⁵ Amnesty International: Asyl-Gutachten z.H. des Bayrischen Verwaltungsgerichts Ansbach vom 5. Mai 2003.

¹⁰⁶ International Crisis Group: "Liberia Unravelling", S.7, Freetown, Brussels, 19. August 2002.



von Ersatzteilen für Militärhelikopter veröffentlicht hatten. Sie wurden erst auf Druck von internationalen und lokalen NGOs wieder freigelassen.

Am 14. Dezember 2002 wurde ein bei der Zeitung *The Inquirer* tätiger Journalist auf einer Strasse in Monrovia von Sicherheitskräften, vermutlich der ATU, angehalten und brutal verprügelt.¹⁰⁷

Insbesondere die Zeitung *Analyst* wurde wiederholt von Sicherheitsorganen heimgesucht.¹⁰⁸ Sie musste bereits zwei Male ihr Erscheinen einstellen, weil darin Artikel veröffentlicht worden waren, die als regierungskritisch angesehen wurden.

Am 24. Juni 2002 wurde der Redaktor der Zeitung *The Analyst*, Hassan Bility, mit drei weiteren Personen von Angehörigen der Kriminalpolizei drangsaliert und festgenommen. Hassan Bility hatte die Rede von Tiawon Gongloe, deren Inhalt als regierungskritisch und gefährdend für die nationale Sicherheit eingestuft wurde, in *The Analyst* veröffentlicht. Die vier Männer wurden ohne Kontakt zur Aussenwelt an einem unbekanntem Ort festgehalten. Bereits vorher war Bility zwei Mal verhört und inhaftiert worden. Im Dezember 2002 konnte er nach massivem internationalen Druck in die USA ausreisen.

Im Nimba County wurden 2002 vier Radiostationen von der Regierung geschlossen, nämlich:

- die Victory FM;
- the Ganta Broadcasting System GBS;
- the YMCA-Royal FM;
- Ganta Power AEGGFM.

Die Regierung begründete die Massnahme damit, dass diese Stationen illegal operierten und eine Bedrohung für die nationale Sicherheit darstellten.¹⁰⁹

12.6 MenschenrechtsaktivistInnen

Am 13. September 2001 verhafteten die Behörden den Vorsitzenden der Menschenrechtsorganisation *Liberia Watch for Human Rights* und hielten ihn ohne Anklageerhebung und Gerichtsverfahren zehn Tage in Haft. Er hatte in einem Zeitungsartikel die Sicherheitskräfte der ATU kritisiert.¹¹⁰ Während seiner Haft soll die liberianische Polizei andere Häftlinge dafür bezahlt haben, ihn an den Füßen aufzuhängen und auf ihn einzuprügeln.

Am 22. Februar 2002 stürmte die Polizei das Büro des Nationalen Menschenrechtszentrums (*National Human Rights Center*) und nahm willkürlich fünf ihrer Mitarbeiter fest.

Am 29. Oktober 2002 wurden zwei Menschenrechtsaktivisten der liberianischen *Koalition der Menschenrechtsverteidiger* verhaftet. Einige Tage später wurde auch deren Sekretär vorübergehend festgenommen und des Landesverrates angeklagt. Die Anklage stützte sich ausschliesslich auf ein allgemein zugängliches Dokument der LURD, das er per E-Mail er-

¹⁰⁷ Amnesty International: Asyl-Gutachten z.H. des Bayrischen Verwaltungsgerichts Ansbach vom 5. Mai 2003

¹⁰⁸ Peter Körner: "Liberia" (S.138-141) in Hofmeier R. und Mehler Andreas, Institut für Afrika-Kunde: "Afrika-Jahrbuch 2002, Politik, Wirtschaft und Gesellschaft in Afrika südlich der Sahara." Opladen 2003.

¹⁰⁹ Pressemitteilung von International Journalist Network vom 9. Nov. 2002

¹¹⁰ Amnesty International: Asyl-Gutachten z.H. des Bayrischen Verwaltungsgerichts Ansbach vom 5.5.2003.
Peter Körner: "Liberia" (S.138-141) in Hofmeier R. und Mehler Andreas, Institut für Afrika-Kunde: "Afrika-Jahrbuch 2002, Politik, Wirtschaft und Gesellschaft in Afrika südlich der Sahara." Opladen 2003.

halten haben soll. Der Sekretär befindet sich weiterhin im Zentralgefängnis von Monrovia in Haft.

12.7 FriedensaktivistInnen

Der *Inter-Religious Council of Liberia* ist ein interreligiöses Gremium, in dem seit 1990 der ökumenische Rat der *Christlichen Kirchen Liberias* (LCC), und der *National Moslem Council of Liberia* (NMCL) zusammenarbeiten.¹¹¹ Um Chancen für Friedensverhandlungen zu sondieren und den eskalierenden Konflikt zwischen der LURD und der Regierung zu stoppen, trafen sich im Jahre 2002 und anfangs 2003 Repräsentanten des *Inter-Religious Council of Liberia* mit Präsident Charles Taylor und mit LURD-Führern.

Am 22. Februar 2002 wurde die ehemalige oberste Richterin und derzeitige Direktorin der regierungsunabhängigen katholischen Organisation *Justitia et Pax*, Frances Johnson Morris, festgenommen.¹¹² Man steckte sie anschliessend für mehrere Stunden zusammen mit männlichen Häftlingen in eine Zelle. Am 28. März 2002 wurde eine weitere Mitarbeiterin der Organisation festgenommen und mehrere Stunden in Gewahrsam gehalten.

Am 28. November 2002 wurden mehrere Verantwortliche des interreligiösen Rates, welche die Verhandlungen zwischen der Regierung und der LURD führten, verhaftet.¹¹³ Ihre Verhaftung wurde mit Verrat begründet. Obwohl die beiden Repräsentanten schliesslich wieder freigelassen wurden, führte dies zu zunehmender Furcht vor der Willkür der Regierung.

12.8 Einschüchterung der politischen Oppositionsparteien

Die liberianische Regierung schüchtert die politische Opposition ein. Die meisten führenden OppositionspolitikerInnen Liberias befinden sich mittlerweile ausser Landes, sitzen im Gefängnis oder werden bedroht.¹¹⁴ Im Einzelnen handelte es sich um die folgenden Vorkommnisse:

- Im April 2001 erklärte der Anführer der *Liberias People Party* (LPP) Togba-NahTipoteh, dass er und andere Politiker Drohungen erhalten hätten, weil sie die internationale Gemeinschaft für ihre finanzielle Unterstützung der Regierung kritisiert hatten.
- Am 20. März 2002 wurde der für den Bong County zuständige Vorsitzende der Oppositionspartei *Unity Party*, Henry Cooper, in Polizeigewahrsam genommen und später in Totota, 50 Meilen entfernt von Monrovia, mit Schussverletzungen tot aufgefunden.
- Am 27. März 2002 wurde Nipla Wiaplah, der Vorsitzende der *New Deal Movement Party* verhaftet und ohne Anklageerhebung für einige Tage im Polizeigewahrsam festgehalten, nachdem er am 25. März 2002 einen Artikel in der Zeitung *The News* veröffentlicht hatte. Die Polizei erklärte, sie werde Nipla Wiaplah solange festhalten, bis geklärt sei, ob der von ihm verfasste Artikel keine nationalen Sicherheitsinteressen gefährde.
- Am 7. November 2002 wurde das Haus des Vorsitzenden der *Unity Party*, Charles Clarke, von Sicherheitskräften durchsucht. Gleichzeitig wurden verschiedene lokale Führer von Oppositionsgruppen verhaftet.

¹¹¹ Hans-Peter Hecking, Leiter des Afrikareferates bei Missio in Aachen: "Liberia – ein geknechtetes Land." <http://www.missio-aachen.de/menschen-kulturen/laender/afrika/liberia/laenderbericht01b.asp>

¹¹² Amnesty International: Asyl-Gutachten z.H. des Bayrischen Verwaltungsgerichts Ansbach vom 5.5.2003.

¹¹³ Peter Körner: "Liberia" (S.138-141) in Hofmeier R. und Mehler Andreas, Institut für Afrika-Kunde: "Afrika-Jahrbuch 2002, Politik, Wirtschaft und Gesellschaft in Afrika südlich der Sahara." Opladen 2003.

¹¹⁴ Amnesty International: Asyl-Gutachten z.H. des Bayrischen Verwaltungsgerichts Ansbach vom 5. Mai 2003

- Am 11. Dezember 2002 wurden im Bezirk Grand Bassa fünf Mitglieder von verschiedenen Oppositionsparteien festgenommen und nach Monrovia gebracht.¹¹⁵ Sie sollen sich nach wie vor in Haft befinden.

Freigelassene Opfer staatlicher Willkür folgten oft prominenten LiberianerInnen wie Ex-Interimspräsident Amos Sawyer und UP-Chefin Ellen Johnson-Sirleaf ins Exil.¹¹⁶

12.9 Abtrünnige und ehemalige Angehörige der NPFL

Ende Januar 2003 kam Charles Bramskine, der ehemalige Präsident des liberianischen Senats und ehemaliges Mitglied von Taylors NPFL, nach Liberia zurück. Dort wollte er sich als oppositioneller Präsidentschaftskandidat aufstellen lassen. Als er in seiner Heimatstaat Buchanan eine Wahlveranstaltung durchführen wollte, wurden seine Anhänger durch Regierungstreitkräfte eingeschüchtert und der Verteidigungsminister Danile Chea sprach eine öffentliche Warnung an die Anhänger von Bramskine aus, dass ihr Schutz nicht garantiert sei. Bramskine sagte in der Folge seinen geplanten Besuch ab.

Nach *Amnesty International* müssen ehemalige NPFL-Angehörige bei ihrer Rückkehr nach Liberia befürchten, durch Angehörige einer der Sicherheitsdienste, die von loyalen NPFL-Angehörigen gebildet wurden, misshandelt, inhaftiert oder sogar getötet zu werden.¹¹⁷ In diesem Zusammenhang sei auf das Schicksal von Samuel Dokie verwiesen, einem ehemaligen Mitglied von Taylors Rebellenarmee, der zusammen mit seiner Ehefrau, einer weiteren Verwandten und einem Leibwächter Ende 1997 entführt und ermordet wurde.

12.10 Anwaltschaft

Im späten September 2001 wurde der Präsident der liberianischen Anwaltsvereinigung, Emmanuel Murray, verhaftet, nachdem er ein Kongressmitglied der Korruption beschuldigt hatte.¹¹⁸ Er wurde erst im Oktober 2001 nach einem Boykott der JuristInnen wieder freigelassen. Auch zwei weitere Mitglieder der Anwaltsvereinigung, die das Vorgehen gegen ihren Präsidenten als verfassungswidrig bezeichnet hatten, wurden verhaftet und erst im Dezember 2001 wieder auf freien Fuß gesetzt.

Am 24. April 2002 wurde der Menschenrechtler und Rechtsanwalt Tiawon Gongloe festgenommen und schwer gefoltert.¹¹⁹ Nach Angaben von *Amnesty International* konnte der Inhaftierte nur mit Mühe aufrecht stehen, und er war auf dem linken Ohr taub. Auf Antrag eines Rechtsanwaltes brachte man Tiawon Gongloe daraufhin in ein Krankenhaus. Er wurde am 1. Mai 2002 aus dem Spital entlassen und befindet sich seither im Haus von Erzbischof Michael Francis, einem prominenten liberianischen Menschenrechtler. Ein Haftgrund wurde nie angegeben.

¹¹⁵ Amnesty International: Asyl-Gutachten z.H. des Bayrischen Verwaltungsgerichts Ansbach vom 5. Mai 2003

¹¹⁶ Peter Körner: "Liberia" (S. 138-141) in Hofmeier R. und Mehler Andreas, Institut für Afrika-Kunde: "Afrika-Jahrbuch 2002, Politik, Wirtschaft und Gesellschaft in Afrika südlich der Sahara." Opladen 2003.

¹¹⁷ Amnesty International: Asyl-Gutachten z.H. des Bayrischen Verwaltungsgerichts Ansbach vom 5. Mai 2003

¹¹⁸ Immigration and Nationality Directorate, Liberia, Extended Bulletin 2002.

¹¹⁹ Amnesty International: Asyl-Gutachten z.H. des Bayrischen Verwaltungsgerichts Ansbach vom 5. Mai 2003.

13 Menschenrechtsverletzungen der Sicherheits- und Rebellenstreitkräfte

13.1 Militärdienstpflicht und Zwangsrekrutierungen¹²⁰

Gemäss liberianischer Verfassung und Artikel 19 des Militärgesetzes gibt es keine obligatorische Militärdienstpflicht.¹²¹ Das Mindestalter für eine freiwillige Aushebung beträgt 18 Jahre. Diese Gesetzesvorgaben werden aber in der Praxis nicht eingehalten.

Oft gehen Zwangsrekrutierungen mit willkürlichen Festnahmen und Misshandlungen einher. Im April 2002 wurden in Sawmill elf namentlich bekannte Jungen im Alter zwischen 14 und 17 Jahren zwangsrekrutiert, vier von ihnen wurden erschossen als sie sich weigerten zu kämpfen.¹²² Weitere zwölf Jugendliche wurden im Mai 2002 in den Vororten von Monrovia zwangsrekrutiert und vier von ihnen später im Schnellverfahren ebenfalls hingerichtet, weil sie nicht kämpfen wollten.

13.2 Kindersoldaten als Täter und Opfer¹²³

Einer der schlimmsten Aspekte des liberianischen Bürgerkrieges besteht in der Rekrutierung von Kindersoldaten. Die Kinder sind Opfer und Täter zugleich. Die UNICEF schätzt, dass etwa zehn Prozent der 60'000 Kämpfer, die im Dienst der verschiedenen Fraktionen stehen, Kinder unter 15 sind. Weitere 20 Prozent sind zwischen 15 und 17 Jahren alt.

Die Mehrzahl der Kindereinheiten sind direkt an Kampfhandlungen beteiligt. Meistens liessen sich die Kinder nach der Zerstörung ihrer Familien, ihrer Schul- oder Dorfgemeinschaft rekrutieren. Vereinsamt und als Waisen wählten sie den Krieg als Überlebensstrategie. Mit dem Anschluss an eine bewaffnete Bande fanden sie einen Familienersatz, in welchem es Verhaltensvorschriften, Rituale und Belohnungen gab. Die jungen Rekruten wurden durch Initiationsrituale an die Gruppe gebunden und für die Gewalt unsensibel gemacht. Die Kinder nahmen an kollektiven Vergewaltigungen, an Folter und an Ritualmorden von Gefangenen teil und überschritten dabei jedesmal eine zusätzliche Stufe an Grausamkeiten. Ihre Anführer setzten sie vor einem Gefecht jeweils unter Drogen, manchmal auch mit einem Gemisch von Amphetaminen und Gewehrpulver, was bei vielen zu schwerwiegenden psychologischen Problemen und zu Gehirnschäden führte. Im Rausch, mit glasigem Blick und oft extravagant uniformiert, plünderten, zerstörten und vergewaltigten sie. Die Kindersoldaten legten sich Namen aus Hollywood-Schundfilmen zu, wie etwa General Jungle King, Hauptmann Evil Killer oder General War Boss. Auf diese Weise erhielt der grausame liberianische Konflikt zusätzlich einen morbiden Aspekt.

13.3 Art der Menschenrechtsverletzungen

Die liberianischen Sicherheitskräfte und die LURD-Rebellen missbrauchen die Zivilbevölkerung als wichtigste militärische Zielgruppe und begehen dabei schwerwiegende Menschen-

¹²⁰ Angaben gemäss www.child-soldiers.org und Amnesty International: Asyl-Gutachten z.H. des Bayrischen Verwaltungsgerichts Ansbach vom 5. Mai 2003

¹²¹ Angaben gemäss der "Koalition gegen Kindersoldaten" vom 26. September 2003.

¹²² Amnesty International: Asyl-Gutachten z.H. des Bayrischen Verwaltungsgerichts Ansbach vom 5. Mai 2003.

¹²³ Die folgenden Angaben gemäss Mondes Rebelles 2001, S. 679

rechtsverletzungen.¹²⁴ Die Menschenrechtsverletzungen sind nicht auf einzelne Gebiete begrenzt, sondern werden in allen Landesteilen begangen, wo Kämpfe zwischen den verschiedenen Rebellen stattfinden, sei es in Liberia, in den Grenzgebieten zu den Nachbarländern oder in der Elfenbeinküste. Ihre Übergriffe sind die wichtigste Fluchtursache für die Zivilbevölkerung, die sich vor den undisziplinierten Kämpfenden in Sicherheit bringen will.¹²⁵

Die unabhängige Expertengruppe des UNHCR, welche Liberia vom 16. bis zum 21. Dezember 2002 besuchte, wies vor allem auf die Menschenrechtsverletzungen der *Anti Terrorist Unit* (ATU) und der nationalen Polizei hin. Sie klagt diese an, bei der Verfolgung von angeblichen LURD-Rebellen die Zivilbevölkerung zu belästigen und willkürliche Verhaftungen von ZivilistInnen vorzunehmen.

Aber auch die LURD übte bei ihren Kampfhandlungen schwerste Menschenrechtsverletzungen und Übergriffe auf die Zivilbevölkerung aus. Zusammenfassend können wir die von den liberianischen Regierungstruppen und von der Rebellenseite begangenen Menschenrechtsverletzungen wie folgt benennen:

- summarische Erschiessung von angeblichen und tatsächlichen Kollaborateuren mit der Gegenseite;
- willkürliches Umbringen von Personen;
- Verbrennen von Personen beim lebendigen Leibe;
- Entführung von ZivilistInnen für Zwangsarbeit;
- Folter und Incommunicado-Gefangenschaft;
- Vergewaltigung, sexuelle Ausbeutung und sexuelle Sklaverei;
- Zwangsarbeit;
- Zwangsrekrutierung von Flüchtlingen und intern Vertriebenen;
- Zwangsrekrutierung von Kindersoldaten (siehe oben);
- Blockierung der Fluchtbewegungen intern Vertriebener, welche daran gehindert werden, in sichere Gebiete zu fliehen;
- Erpressung von Flüchtlingen und intern Vertriebenen, welche in sichere Gebiete migrieren wollen;
- Systematische Plünderungen und Verbrennen von Dörfern.

13.4 Ritualmorde

In Liberia finden regelmässig Ritualmorde statt.¹²⁶ Dabei werden Körperteile des Opfers für traditionelle indigene Rituale missbraucht. Die Zahl solcher ritueller Tötungen ist schwierig einzuschätzen, da die Polizei die Todesfälle oft zu Unfällen erklärt, auch wenn Körperteile des Opfers fehlen. Über die Tradition der Ritualmorde gibt es nur wenig Informationen. Das *Immigration and Nationality Directorate* geht davon aus, dass insbesondere die traditionellen Magier in den südöstlichen Gebieten Liberias, wo die Grebo und die Krahn beheimatet sind, Ritualmorde durchführen. Die getöteten Opfer sind meistens selbst Mitglieder der entsprechenden indigenen religiösen Gruppe.

¹²⁴ Global Witness: "The usual suspects" S. 46

¹²⁵ Norwegian Refugee Council, IDP-Projekt vom 21. Dezember 2001 zu Liberia.

¹²⁶ Immigration and Nationality Directorate, Extended Bulletin 2002 zu Liberia

14 Situation der Frauen und von Minderheiten

14.1 Gesellschaftliche und politische Stellung der Frauen¹²⁷

Der Status der Frauen variiert nach Region sowie ethnischer und glaubensmässiger Zugehörigkeit. Frauen, welche gemäss Zivilrecht heiraten, können Land und Eigentum erwerben. Frauen, die nach traditionellem Recht heiraten, werden als Eigentum ihres Ehemannes betrachtet. Sie haben kein Recht, ihn zu beerben oder in dessen Todesfall das Sorgerecht für die gemeinsamen Kinder wahrzunehmen.

Verschiedene liberianische Frauenorganisationen versuchten im Jahre 2001 das traditionelle Erbrecht zu ändern. Allerdings ohne Erfolg. Ein Grund des Misserfolgs besteht darin, dass sich im Verlaufe des Bürgerkrieges die Stellung der Frauen zusehends verschlechterte. Sie verloren ihre frühere Stellung innerhalb des liberianischen Beamtenapparates, in dem sie früher einen Viertel der Posten gestellt hatten. Trotzdem machten die Frauen verschiedene Male öffentlich auf ihre problematische Lage aufmerksam. Ihre Berufsgruppen, die Rechtsanwältinnen, die Markt- und Geschäftsfrauen, kritisierten die Regierung wegen Korruption, fehlender Sicherheit, wegen Vergewaltigungen, häuslicher Gewalt und der Nichtbeachtung der Kinderrechte. Die Reaktion der Regierungsbeamten auf diese öffentliche Kritik war negativ.

14.2 Frauenbeschneidung oder Female Genital Mutilation (FGM)

Vor Ausbruch des ersten Bürgerkriegs im Jahre 1990 wurden schätzungsweise 50 Prozent der Frauen im Alter von 8 bis 18 Jahren beschnitten. Wegen der andauernden Bürgerkriegssituation können keine aktuellen statistischen Angaben zur Frauenbeschneidung gemacht werden.

Gemäss *US State Departments* werden die Mehrzahl der Frauen und Mädchen dem so genannten Typ II der Beschneidung unterzogen.¹²⁸ Traditionellerweise praktizieren die Beschneidung nur die mandesprechenden Ethnien im Westen, die Gola und die Kissi. Die Kru, die Grebo und die Krahn im Südosten sowie die Americo-Liberianer (Congos), die Moslems und die Mandingo vollziehen keine Frauenbeschneidung.

Bei der Frauenbeschneidung spielt die Geheimgesellschaft der Sande die zentrale Rolle.¹²⁹ Wegen des anhaltenden Bürgerkriegs verlor aber die Institution der Sande für die traditionelle Initiation an Bedeutung. Die Zahl der Beschneidungen ist deshalb zurückgegangen und das US State Departments schätzt, dass heute noch etwa 10 Prozent der Frauen beschnitten werden.

In der Hauptstadt Monrovia hängt die Praxis der Frauenbeschneidung von Erziehung und Schichtzugehörigkeit ab. Je stärker eine Familie mit der Tradition verbunden ist, um so eher wird eine Frau beschnitten. Viele arme Familien vollziehen jedoch die Frauenbeschneidung

¹²⁷ Menschenrechtsbericht des US State Departments zu Liberia für das Jahr 2001 vom März 2002.

¹²⁸ Angaben des US State Departments vom 1. Juli 2001 zur Female Genital Mutilation (FGM).

¹²⁹ Zur Rolle der Geheimgesellschaften bei der Beschneidung siehe auch Ottenberg Simon: "Male and Female Secret Societies among the Bafodea Limba of Northern Sierra Leone" (S. 363-387), in: Blakeley, van Beek, Thomson: "Religion in Africa", Portsmouth, New Hampshire 1994.



nicht mehr, da sie es sich nicht leisten können, dass ihre Töchter während sechs Monaten oder bis zu einem Jahr von der Gesellschaft ausgegrenzt bei den Sande leben.

Heute gibt es nur noch drei kleine Sandeschulen, welche zeitweise in Monrovia aktiv sind.¹³⁰ Im Gegensatz zu der ehemals lange dauernden Initiationszeit verbringen die neu initiierten Frauen heute nur noch ein Wochenende im Sandehaus. Auch soll das Alter der initiierten Frauen und Mädchen beachtlich zurückgegangen sein. Während früher die FGM im Rahmen der Initiation der Frauen im Alter zwischen 8 und 14 Jahren stattfand, wird heute die FGM an Mädchen im Alter zwischen drei und sieben Jahren vollzogen.

14.3 Homosexuelle

Homosexualität ist gemäss Liberian Criminal Law, Section 14.74, illegal. Homosexuelle werden gesellschaftlich diskriminiert. Sie müssen deshalb ihre Neigungen im Geheimen ausleben. Falls sie sich öffentlich dazu bekennen, müssen sie mit Verfolgung und Inhaftierung rechnen. Oft werden sie auch Opfer von gewalttätigen Übergriffen.¹³¹

15 Exil

15.1 Flüchtlinge und intern Vertriebene

In einer Beurteilung der liberianischen Gesamtsituation schreibt das UNHCR, dass beinahe 70 Prozent der Gesamtbevölkerung des Landes oder schätzungsweise 2,4 Millionen Menschen zwischen 1990 und 2002 vertrieben wurden.¹³² Ende 2002 schätzte das *US Committee for Refugees* (USCR), dass insgesamt 380'000 Liberianer wegen der andauernden Kämpfe auf der Flucht waren.¹³³ 280'000 Menschen flohen in die Nachbarländer und zwar:

- 110'000 nach Guinea;
- 60'000 nach Sierra Leone;
- 50'000 in die Elfenbeinküste;
- 35'000 nach Ghana; und
- 2'000 in andere westafrikanischen Ländern;
- 20'000 als Asylsuchende in den Vereinigten Staaten und andere westlichen Industrieländern.

Die USA gewährten im Jahre 2002 etwa 15'000 LiberianerInnen eine vorläufige Aufnahme.¹³⁴ Weitere 2000 Asylgesuche waren Ende 2002 noch in Begutachtung.

¹³⁰ Angaben des US State Departments vom 1. Juli 2001 zur Female Genital Mutilation (FGM).

¹³¹ 29. August 2001, US. Bureau of Citizenship and Immigration Services.

¹³² UNHCR-Zeitschrift Nr. 2 vom August 2003, S.15.

¹³³ Da der Zugang der internationalen Hilfsorganisationen zu verschiedenen lokalen Konfliktgebieten in Liberia begrenzt war, unterscheiden sich die Angaben der verschiedenen Organisationen über die Anzahl der Flüchtlinge und intern Vertriebenen. Die hier aufgeführten Angaben stammen vom USCR.

¹³⁴ US Committee for Refugees 2002.

15.2 Empfehlungen des UNHCR

Das UNHCR gibt in einer Stellungnahme vom 21. Juli 2003 eine Empfehlung zur Beurteilung von liberianischen Asylgesuchen.¹³⁵

Es weist darauf hin, dass weder die liberianischen Regierungs- noch die Rebellenstreitkräfte in der Lage sind, die Bedürfnisse der Bevölkerung im humanitären Bereich zu befriedigen. Auch gewährleisteten die kriegsführenden Parteien weder die Grundrechte der Bevölkerung, noch schützten sie diese vor Menschenrechtsverletzungen. Aufgrund dieser Situation empfiehlt das UNHCR Folgendes:

- LiberianerInnen, die in Afrika um Asyl nachsuchen, sollten als Flüchtlinge gemäss Artikel 1 der OAU Konvention aus dem Jahre 1969 anerkannt werden.
- Für liberianische Asylsuchende ausserhalb afrikanischer Länder empfiehlt das UNHCR den Behörden, das Asylgesuch sorgfältig zu prüfen, insbesondere, was deren Schutzbedürfnisse betrifft. Wegen der andauernden Verletzung der Menschenrechte, des humanitären Völkerrechts und wegen des Missbrauchs der Zivilbevölkerung als militärisches Ziel (aus ethnischen und politischen Gründen), qualifizieren sich gemäss Konvention von 1951 und gemäss Protokoll von 1967 viele LiberianerInnen als Flüchtlinge.
- Personen, welche nicht als Flüchtlinge anerkannt werden, sollten eine komplementäre Form des Schutzes erhalten.
- Wegen der in Liberia äusserst angespannten Situation empfiehlt das UNHCR, für eine Zeitspanne von mindestens sechs Monaten keine Wegweisung nach Liberia zu vollziehen.

15.3 Ausweispapiere (Pässe und Identitätskarten)¹³⁶

Idealtypische Vorgehen: Gemäss Angaben der liberianischen Botschaft in Washington vom 5. Januar 2001 sind die Bedingungen für den Erhalt eines liberianischen Passes für LiberianerInnen im In- und im Ausland die gleichen. In Liberia muss das Gesuch an das Aussenministerium gestellt werden. LiberianerInnen, die im Ausland leben, können ein Gesuch an die lokale liberianische Botschaft oder an das lokale liberianische Konsulat richten. Zusätzlich müssen Antragstellende Namen und Adressen von zwei Personen mitteilen, die Auskunft über ihn oder sie und über die Staatsbürgerschaft angeben können. Machen GesuchstellerInnen falsche Angaben, kann dies zu einem Passverbot auf Lebzeit führen. Das Konsulat schickt anschliessend alle Formulare, Photographien und Gebühren an das Aussenministerium in Monrovia mit der Bitte, einen Pass auszustellen. Detaillierte Angaben darüber, welche Formulare und Angaben verlangt werden, sind zu finden unter: www.liberiaemb.org/visa.html

Falls eine Person keinen Reisepass mehr hat, da dieser verloren ging, gestohlen oder zerstört wurde, kann sie bei der liberianischen Botschaft ein "Laissez-Passer" beantragen. Auch hier gibt die oben erwähnte Internetseite detaillierte Angaben dazu, welche Formulare und Auskünfte benötigt werden.

Fragwürdige Vollzugsmöglichkeit: In einem Zeitungsartikel vom 27. Februar 2003 weist die liberianische Zeitung *The News* darauf hin, dass das liberianische Passbüro im Aussenministerium durch Präsident Charles Taylor wegen angeblich betrügerischen Machenschaften

¹³⁵ UNHCR, Department of International Protection & Africa Bureau: "Recommendations on the treatment of Liberian asylum seekers." Geneva, 21. Juli 2003.

¹³⁶ US Bureau of Citizenship and Immigration Services 2001.

und Korruption geschlossen wurde. In einer offiziellen Pressemitteilung wies die Regierung darauf hin, dass Pässe von nun an nur noch für Regierungsoffizielle, die sich auf einer staatlichen Mission befinden, ausgestellt werden. Ob und wie zum Redaktionsschluss dieses Berichtes, d.h. Ende September 2003, die Passaustellung durch die Übergangsregierung Blah geregelt wurde, ist nicht klar.

16 Humanitäre Situation

16.1 Flüchtlinge und intern Vertriebene

Gemäss dem *US Committee for Refugees* (USCR) befinden sich Ende 2002 380'000 Liberianer wegen der andauernden Kämpfe auf der Flucht.¹³⁷ 280'000 Menschen flohen in die Nachbarländer.

Gleichzeitig hielten sich per Ende 2002 insgesamt 65'000 Flüchtlingen aus den folgenden Nachbarländern in Liberia auf:

- 40'000 aus Sierra Leone;
- 20'000 aus der Elfenbeinküste;
- 5'000 aus verschiedenen westafrikanischen Ländern.

Nach Angaben von *Amnesty International*¹³⁸ verschärfte sich mit dem Konfliktausbruch in der Elfenbeinküste im September 2002 die Flüchtlingsproblematik in der ganzen Region. Die Dynamik der landesinternen und externen Fluchtbewegungen hängt jeweils sehr stark mit der sich ändernden Kriegssituation zusammen.¹³⁹

Während das *US Committee for Refugees* (USCR) die Zahl der intern Vertriebenen in Liberia Ende 2002 auf rund 100'000 Personen schätzte, geht *Amnesty International* im Jahresbericht 2002 von einer etwas höheren Zahl, nämlich von 130'000 Personen aus. Die grössten landesinternen Fluchtbewegungen im Jahre 2002 fanden wegen der intensiven Kämpfe im Westen des Landes statt. Regelmässig wurden in diesem Gebiet Flüchtlingslager von den verschiedenen kämpfenden Gruppen angegriffen und geplündert. Einzelne Familien mussten deshalb während des Jahres 2002 mehr als sechs Mal fliehen.¹⁴⁰

16.2 Zur Flüchtlingsituation in Monrovia im Jahre 2003

Mit dem Vorrücken der LURD-Rebellen auf Monrovia im Sommer 2003 flohen zusätzliche Personen in die Umgebung von Monrovia, wo sich nach Schätzungen des UNHCR bereits 110'700 intern Vertriebene aus dem ersten Bürgerkrieg aufhielten.¹⁴¹ Die *Médecins sans Frontières* (MSF) schrieben am 8. August 2003, dass sich rund 200'000 bis 300'000 Vertriebene in der umkämpften Stadt aufhalten würden.

¹³⁷ Da der Zugang der internationalen Hilfsorganisationen zu verschiedenen lokalen Konfliktgebieten in Liberia begrenzt war, unterscheiden sich die Angaben der verschiedenen Organisationen über die Anzahl der Flüchtlinge und intern Vertriebenen. Die hier aufgeführten Angaben stammen vom USCR.

¹³⁸ Jahresbericht 2002: www.amnesty.de

¹³⁹ Norwegian Refugee Council, IDP-Projekt vom 21. Dezember 2001 zu Liberia.

¹⁴⁰ US Committee for Refugees, World Refugee Survey, S. 79, 2003.

¹⁴¹ Norwegian Refugee Council, IDP-Projekt vom 21. Dezember 2001 zu Liberia, S. 27.

Die Versorgungslage in Monrovia ist äusserst angespannt. Sie ist das Resultat fehlender Entwicklungshilfe, kriegerischer Auseinandersetzungen und aussenpolitischer Isolation. *Mondes Rebelles* beschreibt Monrovia als eine "Kloake mit Tentakeln", deren Bevölkerungszahl von ursprünglich 450'000 Einwohnern in den achtziger Jahren auf 1,2 Millionen EinwohnerInnen im Jahre 2001 gestiegen ist.¹⁴² Die öffentliche Infrastruktur funktioniert nicht mehr. Die meisten Regierungsgebäude, Banken und Botschaften sind zerstört und wurden bisher nicht wieder aufgebaut.¹⁴³ Die wenigen noch intakten Gebäude sind die zu einem Bunker ausgebauten Residenz von Präsident Taylor und die stark befestigte amerikanische Botschaft.¹⁴⁴ Die Stromleitungen sind bereits seit dem Bürgerkrieg in den 1990er Jahren gekappt. Seither ist das einzige Elektrizitätswerk in der Hauptstadt ausser Betrieb und nur die Allerwenigsten können sich eine private Stromversorgung mit Generatoren leisten.

Die schätzungsweise 200'000 bis 300'000 in Monrovia lebenden Vertriebenen befinden sich in einer prekären humanitären Situation.¹⁴⁵ Sanitäre Einrichtungen fehlen meistens vollständig. Besonders in der Regenzeit sind die Lebensbedingungen in den Slums rund um die Hauptstadt katastrophal. Die Haushaltsabfälle werden auf die Strassen geworfen und bei Regen verstopft der Unrat die Abflüsse. Zusammen mit dem tropischen Klima begünstigt diese Situation den Ausbruch einer Vielzahl von Krankheiten, insbesondere Malaria, Typhus und Hautausschläge. Gerade diese vermeidbaren Krankheiten treiben die Sterblichkeitsrate unter Säuglingen und alten Menschen in die Höhe. Landesweit sterben jährlich 165 von 1000 Kindern, die Lebenserwartung beträgt nur gerade 48,5 Jahre.

Wegen der prekären Hygiene, bedingt durch fehlende Wasserversorgung und Latrinen, ist gemäss einer Erhebung des USCR die Todesrate in den Flüchtlingslagern überdurchschnittlich hoch. Hinzu kommt eine hohe Arbeitslosigkeit von 85 Prozent, welche die Kriminalität fördert.¹⁴⁶ Während der Kämpfe in Monrovia entwendeten Diebe alles, was nicht niet- und nagelfest war: von Wellblechdächern über Fenster bis hin zu Türen.

Trotz der Stationierung der internationalen Friedenstruppen konnte wegen der sporadischen Kämpfe die Flüchtlingsituation bis Ende September 2003 nur teilweise entschärft werden.¹⁴⁷ Gemäss *UNO-Hochkommissariat für Flüchtlinge* (UNHCR) flohen Ende September 2003 4500 Personen vor den Kämpfen, die trotz dem Waffenstillstand immer wieder aufflammten, nach Guinea. Unter den ZivilistInnen befanden sich vor allem Frauen, Kinder und alte Menschen. Wegen der landesweiten instabilen Sicherheitslage forderte ein UNHCR-Sprecher die Stationierung von Friedenstruppen im ganz Liberia.

16.3 Fehlende medizinische Infrastruktur und Versorgungsmöglichkeiten

Das Gesundheitssystem ist miserabel. Nach Informationen kirchlicher Quellen gibt es im ganzen Land vielleicht noch hundert Ärzte.¹⁴⁸ Viele Mediziner haben wegen fehlender Per-

¹⁴² *Mondes Rebelles*, L'encyclopédie des acteurs, conflicts et violences politiques: "Liberia" S. 676; Paris 2001.

¹⁴³ Hans-Peter Hecking, Leiter des Afrikareferates bei Missio in Aachen: "Liberia – ein geknechtetes Land." www.missio-aachen.de/menschen-kulturen/laender/afrika/liberia/laenderbericht01b.asp

¹⁴⁴ Neue Zürcher Zeitung, 18. Juli 2003: "Endzeitstimmung in Liberias Hauptstadt."

¹⁴⁵ Neue Zürcher Zeitung, 18. Juli 2003: "Endzeitstimmung in Liberias Hauptstadt."

¹⁴⁶ Neue Zürcher Zeitung, 18. Juli 2003: "Endzeitstimmung in Liberias Hauptstadt."

¹⁴⁷ Neue Zürcher Zeitung, 24. September 2003: "Die UNO prangert Zwangsarbeit in Liberia an."

¹⁴⁸ Hans-Peter Hecking, Leiter des Afrikareferates bei Missio in Aachen: "Liberia – ein geknechtetes Land." www.missio-aachen.de/menschen-kulturen/laender/afrika/liberia/laenderbericht01b.asp

spektiven dem Land den Rücken gekehrt, meist in Richtung USA. Eines der wenigen noch funktionierenden Krankenhäuser des Landes ist das von katholischen Missionaren geleitete St. Joseph's Hospital in Monrovia. Neben den üblichen medizinischen Angeboten unterhält das Spital ein "Outreach-Programme", in dem vor allem durch den Krieg traumatisierte Menschen und AIDS/HIV-Patienten und deren Familien psychologische und seelsorgliche Betreuung erfahren.

Ein weiteres privates Spital, das der Öffentlichkeit offen steht und in welchem das IKRK während der Kämpfe um Monrovia Kriegsverletzte betreute, ist das John F. Kennedy-Spital.

Wegen des Fehlens der dafür benötigten Infrastruktur besteht nach Angaben von *US Immigration*¹⁴⁹ vom 29. August 2001 für eine Person mit schwerwiegenden psychischen Störungen keine Möglichkeit, in Liberia behandelt zu werden. Die betreffende Person kann weder Hilfe vom Staat, noch von NGOs erwarten, da deren Institutionen mit der primären medizinischen Versorgung vollends ausgelastet sind. Im Falle einer Wegweisung nach Liberia wäre die betreffende Person zusätzlich durch die Strassenjustiz gefährdet, da die Bevölkerung seiner Krankheit weder Verständnis noch Unterstützung entgegenbringt.

*HIV/Aids*¹⁵⁰: Über die Verbreitung von HIV/Aids gibt es sehr wenig Angaben. Offizielle Schätzungen gehen von 2,8 Prozent Betroffener bei der Bevölkerung aus. Das *Immigration and Nationality Directorate* schätzt die Zahl der Erkrankten jedoch viel höher ein, da die Verbreitung von Geschlechtskrankheiten in Liberia sehr gross ist.

16.4 Fehlendes Bildungssystem

Im Jahre 1995 schätzte die UNESCO, dass 58,8 Prozent der erwachsenen Bevölkerung weder lesen noch schreiben konnte.¹⁵¹ Die aktuelle Regierung ist nicht in der Lage, eine adäquate Ausbildung zu garantieren. Wegen der schlechten Bedingungen an den öffentlichen Schulen gehen viele Kinder vor allem in Monrovia in Privatschulen.

Schlussfolgerungen

Der Konflikt in Liberia ist eine Folge des gegenseitigen Hasses zwischen den Ethnien und ihrem gewalttätigen Vorgehen gegen Angehörige anderer Volksgruppen. Dieser wurde durch eine korrupte Regierung geschürt. Die Zivilbevölkerung wurde zur wichtigsten Zielgruppe für Racheakte und Übergriffe durch die verschiedenen Regierungsmilitärs und Rebellenstreitkräfte. Bei ihren Kampfhandlungen begehen Regierungs- und Rebellenstreitkräfte schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen. Im Einzelnen sind sie verantwortlich für gesetzwidriges Umbringen, für Entführen und Verschwindenlassen von Personen. Die Angehörigen der verschiedenen Streitkräfte nehmen willkürlich Verhaftungen vor, foltern Verdächtige, vergewaltigen Frauen, rekrutieren mit Zwang Kinder und machen gezielt Übergriffe auf zivile Einrichtungen.

Die bis Ende September 2003 allein herrschende Regierung der NPFL stützte ihre Macht auf die Sicherheitsdienste des SSS und der ATU. Diese verletzten die verfassungsmässig

¹⁴⁹ US Bureau of Citizenship and Immigration Services.

¹⁵⁰ Immigration and Nationality Directorate, "Liberia", Extended Bulletin 2002.

¹⁵¹ Immigration and Nationality Directorate, "Liberia", Extended Bulletin 2002.



garantierten Grundrechte regelmässig, indem sie das Recht auf Privatsphäre, das Recht auf Versammlungsfreiheit sowie das Recht auf freie Meinungsäusserung und auf Redefreiheit missachteten. Die Regierung behinderte die Bewegungsfreiheit der Menschenrechtsbeobachter und belästigte sie häufig. Sie bedrohte und verhaftete JournalistInnen und verbot während des von April 2002 bis September 2002 dauernden Ausnahmezustandes politische Versammlungen.

Zwar wurden verschiedene langjährige politische Gefangene im Jahre 2002 wieder freigelassen. Verschiedene während des Ausnahmezustandes festgenommenen Personen wurde aber der Zugang zur Rechtsprechung verweigert und sie wurden mit der Anschuldigung, Rebellen zu sein, während unbestimmter Zeit festgehalten.

Das Justizsystem steht unter politischem Einfluss und ökonomischem Druck. Es ist ineffizient, korrupt und hat nicht genügend Ressourcen zur Verfügung. Die Justiz ist nicht in der Lage, die Bürgerrechte im Rahmen einer fairen Rechtsprechung zu garantieren. Hinzu kommt, dass in den ländlichen Gebieten meistens die traditionellen Clanchefs Recht sprechen.

Die Gefängnisbedingungen sind hart und oft lebensbedrohlich. Die Sicherheitskräfte nehmen willkürliche Verhaftungen vor und behalten die Häftlinge oft unverhältnismässig lange Zeit in Untersuchungshaft.

Ein weiteres Problem besteht in der Gewalt gegen Frauen. Häusliche Gewalt, Frauenbeschneidung und sozialen Diskriminierung in der traditionellen und modernen Gesellschaft sind weit verbreitet. Wegen des seit Jahren dauernden Konflikts sind die staatlichen Einrichtungen des Gesundheits- und Erziehungswesens fast vollständig zerstört. Das Gesundheitssystem ist miserabel, die Versorgungsmöglichkeit mit den grundlegendsten Medikamenten ist nicht garantiert. Landesweit sterben jährlich 165 von 1000 Kindern, die Lebenserwartung beträgt nur gerade 48,5 Jahre.¹⁵² Auch die Grundausbildung für die Kinder in den Schulen ist nicht gewährleistet, nach Schätzungen der UNESCO (1995) können nur etwa 40 Prozent der Bevölkerung lesen und schreiben.

¹⁵² Berechnung aufgrund der unterschiedlichen Quellenangaben durch die SFH.

Anhang I

Politische Parteien und ihre Anführer¹⁵³

Fünfzehn der insgesamt 18 offiziellen Parteien Liberias sind offiziell registriert.

1) Die fünf Parteien der Oppositionsplattform

"Committee for the Merger of Liberian Political Parties"

- **Committee for the Merger of Liberian Political Parties (CMPP):** Koordinator und Pressesprecher des CMPP sind Alhaji Kromah von der ALCOP und Chea Cheapoh von der PPP.
- **All Liberia Coalition Party (ALCOP):** Anführerin Lusinee Kamara, wichtigste Führungsperson ist aber Alhaji Kromah, der frühere Anführer der ULIMO-K Rebellen. Bei den Wahlen im Jahre 1997 erlangte die ALCOP 4,0 Prozent der Wählerstimmen.
- **Free Democratic Party (FDP):** Sahr Fayah Gbollie. Sie ist zugleich die Verantwortliche des CLPP, welche Oppositionelle und Partisanen im Exil auf sich vereinigt. Bei den Wahlen im Jahre 1997 erlangte die FDP 0,3 Prozent der Wählerstimmen.
- **Liberia National Union (LINU):** Henry Monibah. Bei den Wahlen im Jahre 1997 erlangte die LINU 1,1 Prozent der Wählerstimmen.
- **People's Democratic Party of Liberia (PDP):** George Toe.
- **Progressive People's Party (PPP):** Chea Cheapoh, ehemaliger höchster Staatsanwalt Liberias. Bei den Wahlen im Jahre 1997 erlangte die PPP 0,3 Prozent der Wählerstimmen.

2) Parteienbündnis zur Aufstellung eines gemeinsamen Präsidentschaftskandidaten für die ursprünglich vorgesehenen Wahlen vom Oktober 2003

- **National Democratic Party of Liberia (NDPL):** Sie wurde ursprünglich von Samuel Doe ins Leben gerufen. Anführer Isaac Dakinah. Wichtige Führungsperson ist der ehemalige Rebellenführer des LPC, George Boley. Bei den Wahlen im Jahre 1997 erlangte die NDPL 1,3 Prozent der Wählerstimmen.
- **True Wigh Party (TWP):** Langjährige Regierungspartei vom Ende der Kolonialzeit bis zum Putsch Does 1980. Anführer Rudolf Sherman.
- **Labour Party (LP):** Rt. Apostle S. Washington.
- **Liberia National Union (LNU):** Harry Moniba.
- **People's Democratic Party (PDPL):** Ursprünglich George Washington. Nach internen Streitigkeiten ist seit Mai 2003 Mr. J. Napoleon Toquie nationaler Vorsitzender der Partei. Bei den Wahlen im Jahre 1997 erlangte die PDPL 0,6 Prozent der Wählerstimmen.

¹⁵³ Quellen: The Perspective: Statement by Opposition Political Parties of Liberia on the Upsurge of Military Hostilities in Liberia. Human Rights Watch, 1997: "Liberia Emerging from the Destruction" www.hrw.org/reports/1997/liberia/P212_34496, Peter Körner: "Liberia" (S. 138-141) in Hofmeier R. und Mehler Andreas, Institut für Afrika-Kunde: "Afrika-Jahrbuch 2002, Politik, Wirtschaft und Gesellschaft in Afrika südlich der Sahara." Opladen 2003.



- **Reformation Alliance Party (RAP):** Anführer Henry Boimah Fahnbulleh. Bei den Wahlen im Jahre 1997 erlangte die RAP 0,3 Prozent der Wählerstimmen.

3) Aktuelle Regierungspartei

- **National Patriotic Party (NPP):** Anführer bis August 2003 Charles Taylor, seither Blah. Bei den Wahlen im Jahre 1997 erlangte die NPP 75,3 Prozent der Wählerstimmen.

4) Weitere Parteien

- **Liberian Action Party (LAP):** Anführer Cletus Wortorspoon.
- **Liberias People Party (LPP):** Anführer Togba Nah Tipoteh.
- **United People's Party (UPP):** Anführer Gabriel Bacchus Matthews. Bei den Wahlen im Jahre 1997 erlangte die UPP 2,5 Prozent der Wählerstimmen.
- **Unity Party (UP):** Anführerin Ellen Johnson Sirleaf. Bei den Wahlen im Jahre 1997 erlangte die UP 9,6 Prozent der Wählerstimmen.
- **Liberia Equal Rights Party:** James T. Decker.
- **Liberian Unification Party (LUP)** oder auch **the Alliance of Political Parties** genannt: Anführer Cletus Wortorson. Bei den Wahlen im Jahre 1997 erlangte die Alliance 3 Prozent der Wählerstimmen.
- **National Reformation Party (RAP):** Dr. H. Boimah Fahnbulleh. Bei den Wahlen im Jahre 1997 erlangte die RAP 0,5 Prozent der Wählerstimmen.
- **New Deal Movement:** Nipla Wiaplah.

Anhang II: Sicherheitsdienste, Holzfällernfirmen, Finanz- und Handelsgesellschaften¹⁵⁴

1. Staatliche Sicherheitsdienste

- **Armed Forces of Liberia:** Daniel Chea, Verteidigungsminister.
- **Special Operations Division (SOD):** Verantwortlicher, Paul Mulbah. Offiziell Teil der liberianischen National Police.
- **Anti-Terrorist Unit (ATU):** Ursprünglich von Chuckie Taylor, dem Sohn von Präsident Charles Taylor angeführt. Seit März 2002 ist Momo Jibba, ein Sierra Leoner aus dem Kailahun Distrikt für die ATU zuständig.
- **Navy Rangers:** Angeführt von Roland Duo, dem Verantwortlichen des nationalen Hafenbehörde.
- **The Marine Division:** Angeführt von George Dwanah, alias Jack the Rebel. Die Marine Division war früher unter dem Namen "Strike Force Marines" bekannt. Sie wurden von Melvin Sogbani, dem heutigen Minister für Post und Telekommunikation angeführt.
- **Special Security Service (SSS):** Bis zum 1. Oktober 2003 von Benjamin Yeaten angeführt, der zugleich Führer aller Milizen und Kommandierender der liberianischen Streitkräfte war.
- **Delta Force:** Angeführt von Major Sam Cheplay. Diese Streitkräfte sind in Fasama basiert, in Lower Lofa und umfassen insgesamt 150 Mann.
- **Wild Geese:** Angeführt von Major Sam Cheplay. Es handelt sich um ein Erkundungsteam von 75 Personen, die in verschiedenen Teilen von Lofa operieren.
- **Man Moving Man Dropping:** Angeführt von Major General Samuel Varney, der zugleich Chief of Staff der bewaffneten Streitkräfte Liberias (AFL) ist. Sie bestehen aus 300 Mann. In Gbarnga ist Cucoo Dennis für ihre Operationen verantwortlich.
- **Lofa Defence Force:** Angeführt von George Dwanah, alias Jack the Rebel. Sie besteht vor allem aus Kindersoldaten aus Lofa. Bis zu seiner Ermordung durch einen ehemaligen ATU im Jahre 2000 wurde sie von Massaquoi angeführt.

2. Weitere bewaffnete Gruppen:

- **Armed Forces Revolutionary Council (AFRC):** eine sierraleonische Rebellengruppe, die von Johnny Paul Koroma angeführt wird.
- **Civil Defence Force (CDF):** Pro-Kabbah Streitkräfte, die während des sierraleonischen Bürgerkrieges aktiv war.
- **Liberians United for Reconciliation and Democracy (LURD):** eine von Guinea unterstützte liberianische Rebellengruppe, die gegen Präsident Charles Taylor kämpfte
- **Movement for Justice and Peace (MJP):** Ivorische Rebellengruppe, die im Westen der Elfenbeinküste aktiv ist. Sie wurde von der liberianischen Regierung aufgebaut und von liberianischen und sierraleonischen Söldnern unterstützt.

¹⁵⁴ Angaben gemäss Global Witness: "The usual suspects", S. 15, 2003: www.globalwitness.org



- **Popular Movement of the Ivorian Great West (MPIGO):** Ivoirische Rebellen­gruppe, die im Westen der Elfenbeinküste aktiv ist. Sie wurde von der liberianischen Regierung mitaufgebaut und von liberianischen und sierraleonischen Söldnern unterstützt.
- **National Patriotic Front for Liberia (NPFL):** Die ehemalige Rebellen­gruppe und spätere Regierungspartei von Präsident Charles Taylor.
- **Militia Oriental Timber Company Militia (OTC):** Eine brutale, 2500 Mann umfassende Kampfgruppe, die von OCT ausgebildet und bewaffnet wurde und auf der Seite von Präsident Taylor kämpfte.
- **Private Military Companies (PMC):** Söldner, welche die militärische Ausbildung vornehmen und die Regierung mit Waffengewalt unterstützen.
- **Private Security Services (PSS):** Söldner, welche die militärische Ausbildung vornehmen und die Regierung mit Waffengewalt unterstützen.
- **Republic of Sierra Leone Armed Forces (RSLAF):** Neue umstrukturierte sierraleonische Armee.
- **Revolutionary United Front (RUF):** Sierraleonische Rebellen­gruppe, die von Präsident Charles Taylor unterstützt wurde.
- **Sierra Leone Army (SLA):** Die ehemaligen bewaffneten sierraleonischen Streitkräfte, welche durch die RSLAF ersetzt wurden.

3. Holzfällerfirmen

- Cavalla Timber Company: CTC
- Evergreen Trading Corporation (ETC): Alternativer Export-Name für die OTC
- Global Timber Corporation (GTC): Wichtigste Holz Produktions- und Handelsfirma in China mit dem gleichen Investor wie die OTC und Global Star (Asia) Trading.
- Inland Logging Company ILC: Sie wird von Maurice und Oscar geführt.
- Liberia Logging and Wood Processing Corporation (LLWPC): Holzfällerfirma, die angeblich von Taylor gegründet wurde.
- Mohammed Group of Companies (MGC): Ihr Besitzer ist Mohammed Salamé, sie wird von Cocco Dennis geführt.
- Maryland Wood Processing Industries (MWPI): Ihr Besitzer ist die Fawaz Familie, welche in den illegalen Waffenhandel involviert ist.
- Oriental Timber Corporation (OTC): Sie wird von Gus Kouwenhouen geführt, ist in den illegalen Waffenhandel involviert und verfügte über eigene Milizen.
- Royal Timber Corporation (RTC): Tochtergesellschaft der OCT, die ebenfalls von Gus Kouwenhouen angeführt wird.
- United Logging Company: ULC

4. Finanzgesellschaften

- Banque Internationale du Burkina: BIB



- Central Bank of West African States: BCEAO
- Deloitte Touche Tohmatsu (DTT): Eine Gesellschaft, die der Audit Firma Deloitte & Touche angehört.
- Liberian International Ship and Corporate Registry: LISCR

5. Weitere Firmen

- **China National Aero-Technology Import and Export Corporation (CATIC):** Eine chinesische Staatsfirma, welche Waffenhandel mit Leonid Minin treibt, der in Beziehung zum organisierten Verbrechen in der Ukraine steht.
- **Robertsfield International Airport (RIA):** Liberia's internationaler Flughafen und Umschlagplatz für illegale Waffenimporte.